

Einen anderen

改道

Weg gehen...

N°25 - 01.2013

GÄIDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



IN DIESER AUSGABE

Wieder Angriffe auf Zapatistische Gemeinden | Einmal Hradec und zurück | Gai Dáo goes Buch
Fotoreport zur Demo des Anarchistischen Netzwerks Südwest* | Wagenplätze
Neu: Pinnwand & Syndikater uvm.



**02****[改道] Gai Dào**
N°25 - Januar 2013

Editorial

Ein schönes neues Jahr – für die Anarchie,

und das meinen wir im doppelten Sinne des Wortes. Zum einen ist es ein Appell von uns, an uns und an euch, auch in diesem Jahr wieder alles zu tun, was in unserer gemeinsamen Kraft liegt, um das „Projekt Anarchie“ weiter nach vorne zu bringen. Zum anderen meinen wir, dass dieses Jahr ein schönes Jahr für die Anarchie zu werden verspricht.

Was uns so positiv stimmt? – Nun, hier also ein paar wenige Dinge, die uns Hoffnung machen:

1. ab sofort erscheint die [改道] Gǎidào auch als Druckausgabe im Abo
2. im Januar feiert die Internationale Arbeiter*innen Assoziation in London ihren 90. Jahrestag mit einer kleinen, für alle offenen Konferenz und unser erstes „[改道] Gǎidào – Buch“ erscheint in der edition assemblage
3. im Februar finden schon zum achten Mal (!) die „Anarchietage Winterthur“ statt
4. im März gedenken die Anarchist*innen zwischen Rhein und (Auf-)Ruhr der Revolution von 1920.
5. nachdem im August 2012 die zweite Libertäre Medienmesse stattfand, findet turnusgemäß im April 2013 auch die zweite anarchistische Buchmesse in Mannheim statt
6. im Mai findet, ebenfalls zum achten Mal, das „Anarchistische Theaterfestival Montreal“ statt
7. usw. usf.

An dieser Stelle möchten wir uns auch ganz herzlich bei all den Menschen bedanken, ohne die das Projekt [改道] Gǎidào nicht möglich gewesen wäre.

Damit meinen wir natürlich zuerst unsere Abonent*innen und Unterstützer*innen und auch alle Menschen, die an der Entstehung der Zeitung beteiligt waren, sind und sein werden.

In diesem Sinne wünschen wir uns und euch viel Spaß mit der „Nummer eins“ der [改道] Gǎidào als Druckausgabe im Abo (und natürlich auch weiterhin umsonst als PDF und eBook).

Eure Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:
V.i.S.d.P.:

[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
Be the media
Postfach 11 24
66361 St. Ingbert

Druck und Verlag:
Erscheinungsweise:
Kontakt:

Eigenverlag
monatlich
redaktion-gaidao@riseup.net

Über uns

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied des FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien des FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA/IFA



- 04** *Einmal Hradec und zurück*
Bericht des IFA-Treffens in Tschechien
- 06** *Politische Orientierung und Lebensstil*
Interview mit Jakub Polák Teil 2

Weltweit



- 10** *Interview mit einem moldawischen Anarchisten*
„Ein Volk, das keine Traditionen der Selbstorganisation hat, lässt sich leicht politisch manipulieren und wird sehr schnell reaktionär“
- 12** *Neues vom libertären Miesepeterschlumpf*
Interview mit der chilenischen Zeitung „El Ciudadano“
- 14** *„Ecran d’espionnage“*
Prozess gegen Anti-Werbungs-Aktivist:innen in Paris
- 15** *Im freien Verbund*
Anarchistischer Syndikalismus in den Niederlanden und Flamen
- 16** *Angriff auf zapatistische Gemeinden*
Im mexikanischen Chiapas werden Paramilitärs wieder aktiv

Lokales



- 17** *Alles nicht so schlimm*
Oury-Jalloh-Prozess - Der Kampf um die Wahrheit geht weiter
- 19** *Pinnwand*
Nachrichten in aller Kürze
- 20** *There is no alternative*
Fotobesicht zur Demonstration des Anarchistischen Netzwerks Südwest*

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Bewegung



- 22** *Kollektiv und selbstbestimmt*
Aroma Zapatista - das neue Kaffeekollektiv aus Hamburg
- 23** *Wagenplätze*
Zwischen freiem Leben und Verdrängung

Leser*innenbriefe



- 26** *Mehr Druck*
Zur kommenden Druckausgabe der Gai Dào

Kultur und Alltag



- 27** *[改道] Gai Dào goes Buch*
Artikelreihe erscheint im Februar in Buchform
- 28** *Syndikater - Erster Akt*
Start unserer neuen Comic-Reihe

Analyse & Diskussion



- 30** *Staat, Patriarchat und Geschlecht*
Zusammenhang am Beispiel des §218 StGB

Geschichte



- 32** *Anarchismus und Judentum*
Kapitel 3.2

Termine



- 34** *Termine*
- 35** *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.



Einmal Hradec und zurück

Bericht des letzten IFA-Treffens in Tschechien (November 2012)

★ von l.k.

CRIFA, das ist das halbjährliche Treffen der Internationalen der Anarchistischen Föderationen. Wie bei jeder Vernetzung, die sich über eine gewisse geographische Größe erstreckt, wird zwar die meiste Arbeit über andere Kommunikationswege erledigt, aber dennoch sind persönliche Treffen ungemein wichtig. Mensch lernt sich persönlich kennen, Diskussionen können real besser und intensiver geführt werden und auch der informelle und zwischenmenschliche Teil ist ein wichtiger Bestandteil dieser Treffen.

Das letzte Treffen fand Ende November im tschechischen Hradec Kralove statt. Die Stadt ist mit ihren etwa 90.000 Einwohner*innen die neuntgrößte Tschechiens und liegt im Norden, nahe der polnischen Grenze. Historiker*innen dürfte sie aufgrund der „Schlacht von Königgrätz“ (so der deutsche Name der Stadt) bekannt sein, die dort 1866 zwischen Preußen und Österreich stattfand und mit einem Sieg Preußens endete, was deren Hegemonie in der Folgezeit gegenüber den anderen „deutschen“ Nationen bedeutete. Auf dem dortigen, ehemaligen Militärflughafen findet ebenfalls seit Jahren ein kleines, aber feines Musikfestival der härteren Gangart, das „Play fast or don't“ statt, das regelmäßig auch einige Besucher*innen aus Deutschland anlockt. Ein fester Bestandteil des Festivals ist ein Stand der lokalen Gruppe der Československa anarchická federace (CSAF), der Anarchistischen Tschechoslowakischen Föderation, die auch das CRIFA-Treffen ausrichtete.

Nicht der Militärflughafen, sondern eine gemütliche Kneipe war der Ort, an dem das Treffen schlussendlich stattfand. Bei unserer Ankunft Freitagabend herrschte noch regulärer Kneipenbetrieb, was den meisten Mitreisenden nach der langen Fahrt sehr gelegen kam. Als wir eintrafen, waren schon einige Menschen der anderen Föderationen angekommen und so vergingen die ersten Stunden wie im Fluge damit, sich zu begrüßen und gegenseitig auf den neusten Stand zu bringen, schließlich hatte mensch sich seit dem anarchistischen Welttreffen in St.Imier nicht mehr gesehen. So verging noch einige Zeit bei wohlschmeckendem tschechischem Pivo, aber die lange Anfahrt machte sich irgendwann doch bemerkbar, worauf wir uns gegen 1 Uhr langsam verstreuten und unsere Schlafplätze, die bei verschiedenen Genoss*innen in der Stadt waren, ansteuerten.

Der Samstag begann wie üblich früh. Anwesend waren Menschen der Federation Anarchiste, der FAI Italia, der FAI Iberica, der Federacija za anarhistično organiziranje (FAO) aus Slowenien, der CSAF, ein Genosse der Libertären Kommunist*innen aus Athen und natürlich wir, vom Forum deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Nach der allgemeinen Begrüßung war gleich der erste große Punkt die Nachbereitung des anarchistischen Welttreffens in St.Imier und

des parallel stattgefundenen Kongresses der IFA. Einig waren sich alle darin, dass beide Treffen grundsätzlich eine schöne Sache waren. Ungemein viele Menschen aus der ganzen Welt konnten sich fast eine Woche lang kennenlernen, miteinander diskutieren, Kontakte knüpfen und vereinzelt auch erste Projekte und Kooperationen angehen. Dennoch gab es auch viel Kritik, die dankenswerterweise aber konstruktiv und solidarisch diskutiert wurde. Allen war klar, dass ein Event in einer solchen Größenordnung nichts Alltägliches ist und nur wenige Erfahrung in der Organisation eines solchen besaßen, was natürlich zu kleinen und großen Problemen führte. Die Hauptkritikpunkte wurden in den meisten Nachbereitungen, die nach dem Treffen im deutschsprachigen Raum veröffentlicht wurden, bereits benannt, wie etwa die fehlende Transparenz des Orga-Komitees, die fehlenden Möglichkeiten Kritik und Verbesserungsvorschläge zu äußern, oder die Sprach- und Übersetzungsprobleme. Im Bezug auf das allgemeine Treffen wurde der Beschluss gefasst, die Auswertungen und konkreten Verbesserungsvorschläge zu sammeln, um sie zukünftigen Treffen dieser Art zur Verfügung zu stellen.

Danach ging es konkret um den IFA-Kongress, seine Rolle innerhalb des Treffens und seine Wirkung nach innen und außen. In vielen Nachbereitungen, aber auch schon vor Ort wurde viel Kritik an der IFA geübt, vielerorts wurde sie gar als Hauptorganisatorin des Treffens angesehen. Ein wichtiger Grund dafür war wohl auf der einen Seite, dass die Räumlichkeiten des Kongresses als regulärer Veranstaltungsort auf allen Infomaterialien geführt wurden, gleichzeitig vor Ort aber schlecht bis gar nicht transparent gemacht wurde, was dort passiert und wieso in vielen Fällen nur Mitglieder der IFA am Kongress teilnehmen konnten.

Große Kritik wurde, auch von unserer Seite, am Verhalten der Menschen am Eingang des Hauses geübt, die teilweise sehr rüde und ohne große Erklärung Menschen daran hinderten, den großen Saal zu betreten, darunter auch Menschen die zum FdA selbst gehörten. Für zukünftige Veranstaltungen dieser Art soll nun verstärkt darauf geachtet werden solche Dinge schon im Vorfeld und auch vor Ort klar und transparent zu machen. Weitere Diskussionpunkte waren die Omnipräsenz von IFA-Mitgliedern an nahezu allen Diskussionsrunden und -veranstaltungen, die Sprach- und Übersetzungsprobleme während des Kongresses und besonders während der öffentlichen Präsentation und die Abschlussveranstaltung bzw. -erklärung.

Trotz aller Kritik wurde aber auch bemerkt, dass der Kongress auch viele positive Momente enthielt. Es waren viele Gäste auch der ganzen Welt anwesend, was die Möglichkeit zu interessanten Gesprächen, vielen neuen Infos und Kontakten bot. Dadurch eröffneten sich auch spontane Gelegenheiten, die so ansonsten nicht möglich gewesen wären, wie etwa einem Vernetzungstreffen von Menschen aus



süd- und mittelamerikanischen Ländern, die ansonsten nur schwer die Möglichkeit haben, sich in dieser Breite gemeinsam zu treffen.

Im Anschluss folgten zwei sehr interessante Berichte. Ein Mitglied der Federation Anarchiste war eine Woche zuvor noch in Brasilien gewesen und hatte dort einige Gruppen und Projekte besucht und erzählte über seinen Aufenthalt. Danach berichtete der Genosse aus Athen sehr ausführlich über die Situation in Griechenland, über die allgemeinen Auswirkungen der Krise, die erstarkten Faschist*innen der Goldenen Morgenröte und die anarchistische Bewegung. Seine Schilderungen waren sehr aufschlussreich und interessant und auch teilweise konträr zu den bisherigen Informationen, die wir von der dortigen Lage hatten. Beides auszuführen, würde den Rahmen dieses Berichts leider mehr als sprengen, aber wir können diese natürlich gerne an interessierte Menschen zusenden.

Die nächsten größeren Themen betrafen ein schon länger geplantes Mittelmeertreffen und ein Treffen von Menschen aus dem Balkan. Ersteres wurde nach längerer Diskussion leider auf unbestimmte Zeit verschoben, da in mehreren Ländern, die sich am Treffen beteiligen bzw. es ausrichten wollten, die Lage zur Zeit zu unsicher ist, wie etwa Tunesien oder Ägypten. Deshalb konzentrierte sich die Diskussion im Folgenden auf das Treffen im Balkan-Raum. Es wurden verschiedene Punkte angesprochen, die in den kommenden Wochen und Monaten diskutiert und geklärt werden sollen und es wurde ein erstes Treffen von Interessierten anvisiert, um auf der kommenden anar-

chistischen Balkan-Buchmesse im Mai im slowenischen Ljubljana ein größeres Vernetzungstreffen zu organisieren.

Danach standen verschiedene Soli-Projekte auf dem Plan. Es gibt seit geraumer Zeit recht intensiven Kontakt zur bis dato einzigen anarchistischen Gruppe auf Kuba. Diese befindet sich seit einiger Zeit im Aufschwung, hat aber – aufgrund der besonderen Situation in Kuba – zwei grundlegende Probleme: das Fehlen eines eigenen Internetauftritts sowie von eigenen Räumlichkeiten. Nach einem längeren Bericht eines Genossen des FdA, der vor kurzem auf Kuba war, wurde beschlossen, dass wir – wie bereits auf dem IFA-Kongress beschlossen – weiterhin für das Hosting einer Internetpräsenz bereitstehen und die IFA die Anmietung von geeigneten Räumlichkeiten bis auf Weiteres finanzieren würde. Im Anschluss wurden verschiedene So-liaktionen bzw. -projekte für unsere Genoss*innen in Weissrussland diskutiert, die schon seit Jahren massiver Repression ausgesetzt sind, unter anderem eine europaweite Infotour im kommenden Frühling.

Der Samstag endete mit einem netten und in späterer Stunde auch feucht-fröhlichen Abend in einem nahegelegenen Restaurant. Der Sonntagvormittag wurde dann noch mit verschiedenen organisatorischen Punkten gefüllt, bevor dann am frühen Nachmittag alle nach einem sehr herzlichen Abschied auseinander gingen.

Kurdischer Aktivist ausgeliefert

Metin Aydin ist Kurde und politischer Aktivist, weswegen er vor einigen Jahren aus der Türkei fliehen musste, um der dortigen Repression zu entgehen. Bis vor etwa einem Jahr lebte er als anerkannter, politischer Flüchtling in Frankreich, bis er bei einem Familienbesuch in der Schweiz überraschend von dortigen Sicherheitskräften festgenommen und in Auslieferungshaft verbracht wurde.

Grund dafür ist ein internationaler Haftbefehl aus Deutschland. Die dortige Staatsanwaltschaft wirft ihm Taten nach dem Paragraphen 129b vor, also Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer ausländischen, terroristischen Vereinigung. Wie in vielen Fällen zuvor agiert Deutschland somit als verlängerter Arm der türkischen Justiz, auf deren Drängen Aktivist*innen und Unterstützer*innen der kurdischen Arbeiter*innenpartei PKK auch und besonders in Deutschland verfolgt werden.

Um die Auslieferung zu verhindern, trat Aydin Anfang September in den unbefristeten Hungerstreik. Trotzdem wurde er Anfang November in einer Nacht und Nebel Aktion und in höchst kritischem Gesundheitszustand ins Gefängnis Krankenhaus der JVA Stuttgart überstellt. Einen ausführlichen Bericht findet ihr aus Platzgründen online unter www.fda-ifa.org/gaidao





Politische Orientierung und Lebensstil

Interview mit Jakub Polák - Teil 2

★ übersetzt von zottel und jt (Anarchistische Föderation Berlin)

Im Jahr 2006 führten Linda Sokačová und Tomáš Netolický von A-Kontra, der langlebigsten anarchistischen Zeitschrift in Tschechien, das folgende Interview mit dem im vergangenen September verstorbenen Anarchisten Jakub Polák. Dabei stellten sie ihm Fragen zu seiner persönlichen Geschichte und zum Anarchismus in Tschechien allgemein. Wir übersetzten das Interview für die Gaidao im Rahmen einer Reihe von Artikeln zum tschechischen Anarchismus anlässlich seines Todes. Im abschließenden zweiten Teil des Interviews geht es um die Bedeutung von A-Kontra sowie dessen weitere Entwicklung, aber auch um die spezielle Rolle von Jakub Polák innerhalb der Bewegung.

Die Unterzeile im Titel des Magazins war und ist immer noch „News zu alternativen Aktivitäten“. Welche der Aktivitäten, an denen sich die damalige Redaktion beteiligte, erachtest du heute als wichtigste oder interessanteste?

Die Änderung der Unterzeile des ursprünglichen (Vokno-)Kontra-Magazins von „News aus der Alternativkultur“ zu „News zu alternativen Aktivitäten“ bedeutet zunächst einmal keine Absage an eine Unterstützung authentischen kulturellen Schaffens. Neben der Übersicht über die Punk- und Hardcore-Bewegung waren die interessantesten Bestandteile wohl Interviews mit „politischen“ Bands, hauptsächlich denen aus dem Ausland (Agnostic Front, No Means No, Oi Polloi, etc.) – das war literarisch hochwertig. Neben dem Abdruck unbekannter Texte wichtiger Autor*innen, wie Ursula K. LeGuin, John Shirley oder Egon Bondy – zu Themen, die für Anarchist*innen von Bedeutung waren – ging es hauptsächlich um Texte, die von den Redaktionsmitgliedern selbst (JJL, Andrej Funk, Petr Hanák) oder von Leuten aus der autonomen Szene geschrieben worden waren. A-Kontra veröffentlichte regelmäßig auch Songtexte, Gedichte und Geschichten. Wir unterstützten junge Autor*innen, indem wir separate Sammlungen veröffentlichten. Aber es blieb nicht allein bei Musik und Literatur.

Die Redaktion traf sich später in den Räumen des Kunstforums von Karel Šrp im Pallfy-Palast in Prag und wurde zum Zentrum der anarchistischen Aktivitäten. A-Kontra erschien in jenen ersten Jahren sehr regelmäßig als halbmonatliches Blatt, was viel damit zu tun hatte, dass der Terminkalender ein sehr wichtiger Bestandteil war: Gigs, Ausstellungen, Demos, verschiedenste Treffen usw. wurden angekündigt. Darüber hinaus veröffentlichten wir auch verschiedene praktische Anleitungen: vom kleinen Gärtner (Malý zahrádkář;

das Know-how für den Grasanbau) bis hin zu Tipps, wie mensch im Ausland schwarz arbeiten konnte. Es kamen alle möglichen Leute, die entweder für den Anarchismus eintraten oder sonstwie mit ihm zu tun hatten. Wir hatten auf diese Weise die Gelegenheit, mit dem Antidrogenexperten Ivan Douda ins Gespräch zu kommen, aber auch mit Major Plechatý, dem ersten Chef der Anti-Extremismus-Abteilung, dem zeitweiligen Vize-Polizeichef Zelenický, mit Radim Valenčík, dem Berater von Jiří Svoboda, des Post-November-Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, mit Journalist*innen, die mit uns sympathisierten, aber auch mit denen, die das nicht taten, und viele andere ... Im Innenhof gab es Konzerte. Dort spielten nicht nur Bands wie Red Silas, die direkt mit der Bewegung verbunden waren, sondern auch solche, die sich an ein breiteres Publikum richteten, wie zum Beispiel Zeměžluč. Ich möchte hier auch noch ganz besonders die Band Rusko von Filip Venclík hervorheben, der ja im September 1993 tragischerweise von Neonazis ermordet wurde.

An dem Ort wurden auch Ausstellungen und andere kulturelle Events organisiert. Viele, unzweifelhaft sehr talentierte Menschen stellten dort aus: zum Beispiel Hochschulstudent*innen vom PRAK (The Prague Radical Anarchist Circle; Pražský radikální anarchistický kroužek). In Valdštejská wurden viele Initiativen gestartet, verschiedenste Aktionen vorbereitet: über die großen Gigs auf Střelecký ostrov bis hin zu zahlreichen Demonstrationen, wie etwa die sehr bekannte Demo zur Allgemeinen Landesjubiläumsausstellung (Všeobecná jubilejní výstava), wo es zum ersten massenhaften Aufeinandertreffen von Anarchist*innen und faschistischen Skinheads kam. Es wurden auch Organisationen zu verschiedenen Themen gegründet. So entstand dort die erste organisierte Antifa-Gruppe. Als Nazi-Skins im Herbst 1991 zu ihrer ersten großen Demonstration in Prag aufriefen, gelang es uns eine Woche lang, Gegenaktionen zu starten und die Skins mit insgesamt etwa 1.000 Leuten anzugreifen. Was manche der Aktionen angeht, die Redakteur*innen des A-Kontra gemeinsam mit Freund*innen organisierten und durchführten, ist es besser im Rahmen der Vorsicht und Bescheidenheit selbst heute darüber zu schweigen.

Was unübersehbar war, war die Verbreitung anarcho-syndikalistischer Ideen, besonders aufgrund der Tätigkeit von Andrej Fuka, dem Gründer der Anarcho-syndikalistischen Initiative (Anarchosyndikalistická iniciativa), später der entsprechenden Föderation. Ein weiteres zentrales Thema war die Ökologie, einschließlich Aktivitäten von Children of Earth (Děti Země; Sadská, Plzeň), der Regenbogenbewegung (Hnutí duha; Temelín blockades) und von Greenpeace (Libkovice). Wir können natürlich auch nicht die Kontakte außer Acht lassen, die im Ausland geknüpft wurden. Von besonderer Wichtig-



keit waren dabei die intensiven Kontakte mit Anarchist*innen in Deutschland. Leute aus der tschechischen Punk-Bewegung in Berlin halfen uns ungemein. Diese Gemeinschaft entstand aus den Reihen von Pre-Oktober-Migrant*innen, die in der entstehenden West-Berliner Autonomen-Szene Zuflucht gefunden hatten. Was die Ausweitung dieser Beziehungen angeht, so ist das hauptsächlich das Verdienst von Honza Franta. Von Berliner Freund*innen erhielten wir zum Beispiel ein Offset-Drucker. Neben dem A-Kontra, was wir mit diesem Drucker herausbrachten, waren das auch Franta, WICCA und Svobodná mysl sowie Unmengen an Fanzines, Flyers und anderem Material. Ondra Slačálek erinnert sich bestimmt daran, wie wir uns mit dieser alten, dauernd kaputten Maschine abgequält haben und natürlich mit unserem Amateur-Wissen. Die Druckqualität war weit von Perfektion entfernt, aber immerhin hatten die Drucke das originale und unverwechselbare Flair einer illegalen Untergrundpresse ...

Ein spezielles Kapitel unserer redaktionellen Tätigkeit war die Kooperation mit den Roma-Gruppen, insbesondere mit der „Vereinigung der Roma-Autoren“ (Sdružení romských autorů), der die Roma-Autorinnen Margita Reiznerová und die erst kürzlich tragischerweise verstorbene Dr. Milena Hübschmannová vorstanden. Wir halfen ihnen beim Aufbau einer eigenen Zeitschrift (Romano Gendalos) im Jahr 1991 – inklusive Satz, graphischem Layout und dem Druck einer eigenen literarischen Roma-Reihe. Und wir gaben ihnen die Möglichkeit, in unseren Redaktionsräumen in der Valdštejnská-Straße zu arbeiten. Darüber hinaus kooperierten wir mit Roma-Menschen aber auch bei der Organisation weiterer Aktionen, insbesondere aus dem antirasistischen und antifaschistischen Spektrum.

Was aus einem so breit gefächerten Spektrum an Aktivitäten – und ich habe bestimmt irgendwas vergessen – könnte wohl am wichtigsten sein? Das ist wirklich schwierig zu sagen, entscheidet einfach selbst! Damals war aber auch gewissermaßen eine andere Zeit. Damals konnte von einer richtigen Bewegung gesprochen werden. Wenn ich was herausstreichen sollte, was ich als die Essenz des Ganzen betrachte, dann vielleicht Folgendes: Der Fokus unserer Aktivitäten lag auf der Aktion. Das Magazin spielte eher eine begleitende Rolle mit dem Ziel, die Menschen mit der Aktion in Verbindung zu bringen. Weniger Theorie und Analysen, mehr echte Neuigkeiten und Einladungen zu Aktionen. Und wir hatten eine große Reichweite – sowohl was die Themen angeht als den Kreis der Leser*innen. Das war ganz offensichtlich mit begünstigt von der Regelmäßigkeit unseres Erscheinens.

Heute ist A-Kontra eine hochqualitative Polit-Zeitschrift – damals stand sie im Mittelpunkt des Geschehens und war zu großen Teilen sogar die bewegende Kraft. Der Grund dafür liegt auf der Hand: die Lage der Bewegung. Demzufolge ist der Erhalt der Zeitschrift und seine Qualität ein großer Erfolg und auch das Ergebnis vieler Mühen. Aber was, wenn es eigentlich anders herum ist? Ist die Schwächung der Bewegung nicht auch das Ergebnis des Fehlens einer aktuellen Terminkalenders, der mit einer häufigen und regelmäßigen Auflage mit verschiedensten Themen auch eine größere Zahl von Leuten mobilisieren könnte, statt lediglich einige Intellektuelle und

Anhänger*innen einer bestimmten Richtung?

Manchmal wirst du als „Herausgeber“ oder verantwortlicher Redakteur gehandelt ... Ist das nicht ein wenig paradox in Bezug auf eine anarchistische Zeitschrift? Wie steht es – aus deiner Sicht – um deine „Führerschaft“ in der anarchistischen Bewegung, über die viel geredet und geschrieben wurde?

Dies ist in erster Linie das Werk von Journalist*innen: Es gab von Beginn an den verständlichen Wunsch, den „Sprecher“ herauszufinden – die eine spezielle Person, die für ihre Meinung eintritt, nicht einfach die anonyme Masse, die nicht zu ihrer Meinung und zu ihren Aktionen stehen kann – also das bereits gängige Klischee, das herausgekratzt wurde, sei es aus Unwissenheit oder Faulheit.

In der anarchistischen Bewegung hatte ich ein einziges Ziel: eine Art „Techniker“ zu werden. Derjenige zu sein, der sich darum kümmert, dass die Sachen am Laufen bleiben, dass der Betrieb funktioniert. Mir stand dafür sehr viel Zeit zur Verfügung (meine Behindertenrente) sowie gewisse Erfahrungen mit Organisationsfragen: Ich hatte früher als Leiter eines Vertriebscenters gearbeitet ... Ich erinnere mich noch gut an meine erste öffentliche Rede. Im Sommer 1991 kam es zu einem europaweiten Treffen von Punks auf der Karlsbrücke in Prag. Die Polizei griff die Versammlung massiv an – sie trat ganz ähnlich auf wie am 17. Oktober 1989 auf der Národní třída-Straße (Hauptstraße in Prag). Die Polizei kesselte die Leute ein, schlug die Anwesenden zusammen und verhaftete sie. Leute aus dem Ausland wurden ausgewiesen. Die illegale Aktion fand in persönlicher Anwesenheit des damaligen Innenministers Tomáš Sokol statt, heutzutage beliebter Anwalt für Gangster aller Art, wie etwa Krejčíř. Was die Medien angeht, so fand eine beispiellose Desinformationskampagne statt mit zum Teil üblen Erfindungen. Die Hasskampagne gegen alles Alternative fand ihre wichtigsten Zuhörer*innen im verängstigten Kleinbürgertum. Wir hatten alles das Bedürfnis darauf zu reagieren, am aktivsten setzte sich jedoch Kuba Líněk dafür ein. Wir veröffentlichten sofort ein Statement, in dem wir gegen die unverhältnismäßige und illegale Aktion der Staatsorgane protestierten, und wir riefen zu einer Pressekonferenz für den nächsten Tag auf.

Dann offenbarte sich jedoch unser Problem. Keine*r der Organisator*innen wollte sich gegenüber den Journalist*innen outen, sie wollten sogar lieber in schwarzen Hasskappen zur Pressekonferenz gehen. Wenn es sich dabei um Revolutionäre gehandelt hätte, die die absolut legitimen Ziele ihrer ansonsten völlig illegalen Aktionen erklärt hätten, hätte das noch einen Sinn ergeben. An diesem Punkt ging es jedoch um die Verteidigung von Menschen, die überhaupt gar nichts Illegales getan hatten und dennoch Ziel der brutalen Polizeirepression geworden waren. Auf einer Pressekonferenz als anonyme, vermummte Personen aufzutreten, hätte nur den Gerüchten über „fiese Vergewaltiger“ weitere Nahrung gegeben. Die Möglichkeit zu ergreifen, das Regime zu entblößen, das nur vorgibt, demokratisch zu sein – das bedeutet es für deine Forderungen einzustehen. Selbst wenn das Risiko besteht, zum öffentlichen Feind des Staates zu werden. Oder sollten wir etwa anfangen, Polizist*innen zu erschießen oder Bomben werfen, um unseren Überzeugungen das nötige Gewicht zu geben?



Eine Sache ist ein Kriegszustand, eine andere das Handeln innerhalb des Rahmens demokratischer Regeln. Es war unheimlich beschämend, dass, als es darum ging, auf einer öffentlichen Versammlung oder der von uns organisierten Pressekonferenz zu sprechen, niemand bereit war, offen die eigenen Ansichten zu vertreten, Fragen zu beantworten und die Angst zu überwinden, von den eigenen Eltern oder Leuten auf der Schule, der Arbeit etc. wiedererkannt zu werden. So kam es also rein zufällig, dass ich zum Sprecher der Bewegung wurde. Meine Genoss*innen überließen mir alle Situationen, in denen es darum ging, dass eine Identität angegeben werden musste: Berichte über öffentliche Events, die Eintragung von Zeitschriften, Verhandlungen mit Druckereien, Vertrieben und anderen Institutionen. Unter diesen Umständen war es ganz normal, dass der Verdacht aufkam, gepaart mit einem generellen Stereotyp, dass nichts laufen kann, ohne dass eine bestimmte Person führt und andere ihr folgen.

Ganz ehrlich: Hätte ich wirklich Führungsambitionen, würde ich ganz anders vorgehen. Es gibt einfach in jeder Gruppe, selbst wenn sie sich als antiautoritär definiert, viele Leute, die in einem versteckten Winkel ihres Willens sich an jemand oder etwas halten möchten, das groß und stark genug ist. Und sie sind willens, dieser Person zu folgen, die ihnen in ihrer Unsicherheit und Angst das bietet, was sie brauchen. Es hingen viele Leute bei mir ab, die auf der Suche nach einer „väterlichen“ Ersatzfigur waren. Wenn ich es darauf angelegt hätte, wäre es mir nicht schwer gefallen, mich mit solchen Leuten zu umgeben: der Sekte der „Folgsamen und Loyalen“.

Wie entwickelte sich die A-Kontra? Haben sich Veränderungen gegenüber den ursprünglichen Zielen ergeben?

Die Ziele haben sich nicht verändert, denke ich. Mittel und Methoden verändern sich natürlich. Wenn ihr euch die Mühe macht und das originale Statement in der ersten Ausgabe vom März 1991 hervor sucht, werdet ihr folgenden Abschnitt finden: „Wer wir sind, wo wir herkommen und wo wir hin wollen“. Ich nehme an, dass ihr euch mit ihm identifizieren könnt.

Wie bewertet ihr die Entwicklung des Magazins von seiner Entstehung bis zur heutigen Zeit? Worin war die A-Kontra in den Jahren 1991 – 1995 anders als ihr Nachfolger in 1999? Was sind die positiven und negativen Seiten der aktuellen Form des Magazins?

Bis zu einem gewissen Grad habe ich meine Meinung dazu bereits in den vorherigen Abschnitten dargelegt. Zu einer komplexen Evaluation und einer absoluten Bewertung sehe ich mich nicht fähig – für solche Dinge bin ich immer noch zu sehr mit der A-Kontra verbunden. Ich habe einen großen Teil meines Lebens mit all dem verbracht.

Was würdest du Leuten empfehlen, die ein ähnliches Magazin starten wollen und nicht wissen wie?

Die Zeiten ändern sich und Erfahrungen werden älter. Ich bezweifle, ob ich überhaupt das Recht zu Ratschlägen habe. Vielleicht einfach zu warnen, dass ein solches unabhängiges Magazin heraus zu brin-

gen zwar eine große Freude bereitet, aber zugleich auch eine große Mühe bedeutet. Wenn es einigen Wert und Umfang haben soll, ist es eine Vollzeitbeschäftigung. Und man kann es nicht alleine machen. Wenn die Team-Zusammenarbeit nicht funktioniert, kann man es eine Weile allein machen. Aber dann hört es auf ein Medium der Bewegung zu sein und entwickelt sich zu einer subjektiven, exhibitionistischen Plattform. Es könnte den Wert von Literatur bekommen – wenn man das entsprechende Talent hat, aber es hört auf ein aktuelles, lebendiges Medium zu sein, ein Mittler zwischen Menschen. Es ist tatsächlich eine Art Test. Wenn du nicht in der Lage bist, mit wenigstens einigen Enthusiast*innen wie dir zusammen zu kommen, dann wirst du auch kaum eine größere Gruppe erreichen.

Wie würde deiner Meinung nach die ideale A-Kontra aussehen?

Die ideale A-Kontra? Die Wochenzeitung in der Auflage wie beispielsweise die „Respekt“, aber natürlich mit anderem ideologischem und politischen Anspruch. Zusätzlich: Eine starke Verbindung zur Bewegung, die Unterstützung von Aktivitäten und die Offenheit für jeden, die*der was zu berichten hat. Dadurch einen ausreichenden Artikelumfang, der vielleicht nicht die professionelle journalistische Qualität besitzt, aber helfen könnte die Bewegung zu überzeugen, dass es tatsächlich „unser Magazin“ ist. Eine Art Analogie mit den Lokalnachrichten, aber auf einer aktivistischen Basis.

Neben anarchistischen Aktivitäten bist du bekannt für das Engagement in Fällen rassistischer Morde. Welche Erfahrungen hast du damit gemacht? Marx soll vor langer Zeit gesagt haben, der Mensch sei, was er tue. Hat deine Rolle als Vertreter von Geschädigten vor Gericht deine Sicht auf die Welt und deine Ansichten über die angemessene Form von Aktivismus verändert?

Ich empfinde es als einen integralen Bestandteil meiner anarchistischen Aktivitäten. Erstens: Die Bezeichnung „rassistischer Mord“ ist zu eingeschränkt. Es bezeichnet nur den kleineren Teil von Fällen durch Diskriminierung motivierter Gewalttaten, die von organisierten, ultra-rechten Gruppen ausgehen. Es ist nicht mein Fehler, dass mehr Öffentlichkeit den Morden tschechischer Roma zu Teil wird als denen weißer tschechischer Männer. Zweitens: Es ist die Fortsetzung des Engagements, was mit der Veröffentlichung von Informationen, Organisieren von Demonstrationen und anderen Protestaktionen begann. Was direkte Aktionen betrifft, suchten wir nach neuen Möglichkeiten, nachdem die gängigen Mittel erschöpft waren, um nicht nur den Geschädigten zu helfen und Täter zu identifizieren, sondern auch das rechte Gesicht von Polizei und Justiz zu demaskieren. Wir wollten testen, ob das System gewillt ist, den eigenen, aufgestellten Prinzipien zu folgen. Drittens: Ohne Leute der Bewegung und ihrer Hilfe beim Sammeln von Beweisen und andere Formen der Unterstützung, wäre Aktivität nicht möglich gewesen. Deshalb wurden signifikantere Ergebnisse erzielt als von Menschenrechtsorganisationen, obwohl sie mit unvergleichbar höheren finanziellen Mitteln agieren und professionelle Anwälte beschäftigen könnten, etc. Und überhaupt was für ein „Neben anarchistischen Aktivitäten ...“? Die prägnanteste und knappe Definition von Anarchisten hörte ich von der Mutter



des ermordeten Tibor Danihel. Als ein Bekannter sie fragte: „Wer sind diese Anarchisten?“, antwortete sie: „Sie wollen Gerechtigkeit.“

Du warst in der Roma-Bewegung aktiv, auch als ein normaler Redakteur des Magazins „Amaro Gendalos“. Wäre der Vergleich dieser beiden Magazine, in denen du aktiv warst, und der Vergleich zwischen der anarchistischen Bewegung und den Roma-NGOs möglich?

Mit den Roma-NGOs ist es ähnlich wie mit den meisten NGOs. Sie leiden unter den gleichen Missbräuchen, nur über die der Roma wird mehr geschrieben. Die Abhängigkeit von meist staatlichen Zuwendungen deformiert Leute und ihre Aktivitäten, auch wenn ihre ursprünglichen Motive einmal klar enthusiastisch waren. Die Position der Roma als diskriminierte Minderheit, aber auch einige ihrer überlieferten Traditionen machen sie empfänglich für dem Anarchismus nahestehende Gedanken. „Amaro Gendalos“ ist der Nachfolger von „Romano Gendalos“. Wir beteiligten uns an dessen Gründung. Meine Freund*innen und ich haben mit der Redaktion und den Herausgeber*innen, sagen wir, mehr als normale Beziehungen. Ich bearbeitete und druckte auch in der Vergangenheit auf unseren Offsetdruckmaschinen die vierteljährliche Publikation „Romani Duma“, die von denselben Redakteur*innen stammt. Die Möglichkeit, die Roma-Bewegung mit anarchistischen Positionen zu „infiltrieren“, gipfelte in dem Monatsblatt „Amaro Gendalos“. An der Veröffentlichung beteiligten sich andere Autor*innen aus dem Redaktionskreis der A-Kontra. Es gelang uns, ihm das Profil eines stark aktivistischen Mediums zu geben. Das war natürlich unkomfortabel für die zuständigen staatlichen Organe und so wurden nach weniger als einem Jahr die staatlichen Förderungen zurückgezogen und das Magazin wurde eingestellt. Dennoch kann ich bei den Roma weiterhin ein

großes Potential zur Realisierung anarchistischer Basisprinzipien sehen. Viele von ihnen erkennen, dass Selbstverwaltung für sie als Gruppe der einzige würdige und effiziente Art der Existenz darstellt.

Aus welchen Gründen hast du die A-Kontra verlassen? Wie bewertest du deine Beteiligung in diesem Magazin im Nachhinein? Würdest du bestimmte Dinge heute anders aufziehen?

Um ehrlich zu sein: Es hat mich stark verausgabt und als Ondřej Slačálek mehr als nur ein fähiger Nachfolger zu sein schien, sagte ich, dass es Zeit ist, Platz für die junge Generation zu machen. Natürlich würde ich viele Dinge in der Retrospektive besser machen wollen. Wenn ich etwas bereue, dann vorrangig, dass ich nicht die sensibleren Seelen meiner jüngeren Genoss*innen erreichte und dass ich keinen Erfolg hatte, dem Anarchismus mehr Unterstützer*innen zu bescheren.

Welche Bedeutung hat der Anarchismus für dich heute?

Für mich ist es etwas, das Weltsicht genannt werden könnte – die politische Orientierung und der Lebensstil.

Und die abschließende Frage: Wie war Jakub Polák während des Aufbaus der A-Kontra und wie ist er heute?

Ich habe das Gefühl, dass ich noch der Gleiche bin. Ich habe mich nicht so sehr verändert. Ich habe bloß mehr graues Haar. Es ist, als hätte mich diese Zeit in die Jugend zurückgebracht und würde mich bis jetzt dort halten.

Massenproteste in Slowenien

In den letzten Wochen fanden in über 35 slowenischen Städten Demonstrationen, Kundgebungen und direkte Aktionen statt. Die Proteste, die von deutschen Medien weitestgehend ignoriert wurden, sind die massivsten seit mehreren Jahrzehnten und richten sich gegen das politische Establishment, die Sparprogramme im Zuge der Krisenbewältigung und zeigen in einigen Städten auch einen explizit antikapitalistischen Charakter.

Laut der lokalen, anarchistischen Föderation *Federaciji za anarhistično organiziranje* (FAO - Federation of Anarchist Organizing) sind es überhaupt die ersten Massenproteste in der jüngeren Geschichte Sloweniens, die „dezentral, antiautoritär und nicht-hierarchisch“ stattfinden. Die FAO hat eine ausführliche Chronologie und Bewertung der Ereignisse verfasst, die wir ins Deutsche übersetzt haben, aber leider in dieser Ausgabe keinen Platz mehr gefunden hat. Ihr findet die Texte online auf der Seite des *Forums deutschsprachiger Anarchist*innen*.



Weitere Hintergrundinformationen bietet auch der Dezemberrückblick des libertären Podcasts des *Anarchistischen Radio Berlin*, in dem ein Mitglied der FAO zu den Protesten interviewt wurde.

www.fda-ifa.org | www.aradio.blogspot.de



Interview mit einem moldawischen Anarchisten

„Ein Volk, das keine Traditionen der Selbstorganisation hat, lässt sich leicht politisch manipulieren und wird sehr schnell reaktionär“.

★ Geführt von Ndejra

Ich schlage vor, dass Du dich vorstellst, Deine anarchistische Gruppe oder Organisation vertrittst und über Eure Tätigkeit erzählst – einverstanden?

Gut, ich heiße Sash Klim. Ich vertrete die Föderation der AnarchistInnen Moldawiens (FAM – Federatia Anarhistilor din Moldova). Ich möchte sofort klar stellen, dass erst vor kurzem zusammengekommen sind, vor etwa einem Jahr. Daher auch die Haupttrichtung unserer Arbeit: Aufklärung, Aufkleber, Flugblätter, Suche nach Gleichgesinnten.

Du sagst, Ihr fangt bei Null an. Hat der Anarchismus in der Region irgendeine Geschichte, auf die Ihr aufbauen könnt? Vor der UdSSR, oder danach vielleicht? Was war vor Eurer Gruppe?

Die Geschichte, die am Anfang des vorigen Jahrhunderts zu verorten wäre, ist genau so widersprüchlich, wie die Geschichte der Region selbst. Zwischen 1918 und 1945 wurde auf dem Territorium des modernen Moldawiens drei Mal die Sowjetherrschaft etabliert, zwei mal wurde die Region von Rumänien beherrscht. In Bessarabien (modernes Moldawien) fing Grigory Kotowskij seine Tätigkeit an – eine sehr zwielichtige Person – der bereits auf seinem Posten als roter Marschall und KAP-Mitglied (Kommunistische Allunions-Partei / bolschewistisch) sich noch, einigen Quellen zufolge, als Anarchisten bezeichnete ... 1939, als die Region Rumänien angehörte, gründete sich in Tatarbunary eine anarcho-kommunistische Gruppe unter der Führung von Ion Vetrila. Bis 1940 verlegte sie ihre Tätigkeit nach Bukarest. Die Gruppe war sehr aktiv im Untergrund. Im Januar 1941 – zur Zeit der Juden-Pogrome – teilte Ion Vetrila die Gruppe in zwei Teile: Der eine Teil, 9 Menschen mit Ion zusammen, besetzte ein Arsenal und ist nach dem lange dauernden Ansturm durch 350 Legionäre gestorben. Die zweite Gruppe, etwa 40 Menschen, fiel in einem nächtlichen Gefecht, während sie jüdische Viertel gegen Pogrome verteidigte. Wir können keine andere Information über anarchistische Umtriebe in unserer Region in der Kriegszeit und danach finden ... Was die 90er Jahre angeht, so gibt es im Internet ein paar Artikel über die moldawischen Anarcho-Syndikalist*innen Igor Gördenröder und Tamara Burdenko. Diese Geschichte endete aber gar nicht schön mit einem Riesenskandal für die ganze postsowjetische Szene jener Zeit.

Meinst Du etwa jenen provokanten Versuch, eine „anarchistische“ Zeitung mit dem Geld der Berliner FAU zu gründen? Ich habe gelesen, dass Gördenröder und Burdenko Anfang der 90er von Faschos bedroht wurden und gezwungen waren, ins Ausland zu fliehen.

Wie ist denn die moldawische Gesellschaft heute in sozialer, politischer Hinsicht?

Vermutlich hat da tatsächlich irgendwelches Geld eine Rolle gespielt ... In sozialer Hinsicht? Wer nicht zum Geldverdienen ins Ausland gegangen ist: Arme auf dem Land, städtische Arbeitslose, Alte und Kinder. Von der werktätigen Bevölkerung ist nur der nicht ausgewandert, der nichts konnte oder einfach faul ist. Wer dagegen Arbeit hat, klammert sich an der Stelle so fest wie nur möglich. Mit dem Aufkommen der Gastarbeiter*innen entstand in Moldawien eine merkwürdige „Kultur“: Statt für die Wirtschaft nützliche Branchen zu entwickeln, blüht eine Belustigungsindustrie. Bars, Restaurants sind der einfachste und schnellste Weg, den nach Hause gekehrten Gastarbeiter*innen und ihren Kindern Geld abzunehmen, die glauben, dieses Geld fällt ihnen vom Himmel in den Schoß ... Wie gewonnen, so zerronnen. Es gibt viele Student*innen, die von der Sowjetepoche übrig gebliebenen Hochschulen arbeiten noch ...

In politischer Hinsicht ist die Situation nicht einfacher. Nachdem die Allianz für Europäische Integration (Alianta pentru Integrarea Europeana, AIE-2) an die Macht gekommen ist, erhalten rumänische Nationalist*innen offizielle Unterstützung. Mit der finanziellen Unterstützung von der rumänischen Regierungsorganisation zur Hilfe für Rumänen im Ausland sind in der Republik Organisationen wie die Legionäre des Hl. Michael, Aktiuna 2012, die mit dem Einverständnis der Obrigkeiten die so genannten Wiedervereinigungsmärsche (Unirea) durchführen. Aktuell besteht die reale Gefahr nicht nur für die Unabhängigkeit Moldawiens als ein Staat, selbst die moldawische Identität droht heute, aggressiv vom verbrüderten Rumänien verschlungen zu werden. Die besagte Aktivität der rumänischen Nationalist*innen hat andererseits die Aktivierung russischer chauvinistischer Organisationen befördert. Als Resultat wurde einer der letzten Märsche der Unionist*innen von – lasst uns das mal als physischen Kontakt der Seiten bezeichnen – begleitet. Es gab keine Prügelei, aber eine Journalistin wurde durch einen Stein verletzt. Wir erklären den Leuten, dass erstens – wenn es Menschen gibt, die sich „Moldawier“ nennen, es ihr Recht ist; zweitens – jene rumänischen Nationalist*innen, die zu den Unirea-Märschen anreisen, nicht alle Rumän*innen vertreten, und die Einstellung ihnen gegenüber nicht auf alle Rumän*innen übertragen werden darf; dass – drittens – Russ*innen sich nicht in die Fragen der Selbstidentifikation des moldawischen Volkes einmischen dürfen; viertens – alles, was die Eskalation der nationalen Frage fördert, nur dazu dient, die Bevölkerung von der sozialen Frage abzulenken ...

Moldawien als junger Nationalstaat, so scheint mir, ist dafür einfach prädestiniert – das Land ist multiethnisch und von al-



*len Seiten von größeren Nationen „umzingelt“. Außerdem ist die Transnistrische Republik eine sehr merkwürdige Konstruktion... Meinst Du unter dem „russischen Einfluss“ Russland oder die russische Diaspora in Moldawien? Apropos, mir schien (aus meiner Perspektive), dass viele Moldawier*innen selbst aus rein ökonomischen Gründen z. B. an einer Vereinigung mit Rumänien, am Beitritt zu EU ziemlich interessiert wären. Du (oder die FAM) nicht?*

Ausgerechnet die Multinationalität gewährt dem moldawischen Volk die Möglichkeit zu leben, ohne sich irgendwelchen Bündnissen anzuschließen. Natürlich, weder der vergangene Konflikt in Transnistrien einerseits, noch der Mangel an Geduld in der Obrigkeit andererseits hilft der normalen Regulierung des transnistrischen Konflikts oder dem Frieden in der Region ... Zu meinem größten Bedauern können solche Konflikte wie in Transnistrien über Nacht entstehen, aber zu ihrer Beilegung braucht mensch viel Zeit und Geduld. Unter der russischen Einmischung meinte ich tatsächlich die russischsprachige Bevölkerung der Republik. Es ist doch wenigstens absurd, wenn die russischsprachige Bevölkerung mitbestimmt, welche Sprache die Moldawier*innen sprechen sollen – die moldawische oder die rumänische ... Die pro-europäische Strömung in der Republik hat zwei Ausrichtungen: erstens – als selbständiger Staat in die EU eingehen, und zweitens – die Vereinigung mit Rumänien, das bereits in der EU ist.

Die erste Variante wurde aktiv von der vorherigen kommunistischen Regierung des Landes unterstützt, aber was ist eigentlich die EU heute? Meines Erachtens ist sie ein Klon der UdSSR: Mensch sieht deutlich die strikte Zentralisation; bemerkbar ist eine Aufteilung der Nationen innerhalb der EU in Nationen, die die EU gründeten, und welche, die sich ihr später anschlossen (in der Sowjetunion waren das der „große Bruder“ und die „Schwester-Republiken“). Ich gebe zu, nach dem Zerfall der Sowjetunion entstand in Moldawien keine so genannte lokale (nationale) politische Elite. Menschen, die den Unabhängigkeitsakt der Republik Moldawien unterschrieben haben, hatten keine Ahnung wohin mit der Freiheit, die ihnen in den Schoss fiel. Das Einfachste, was sie sich vorstellen konnten, war die Bürde der Verantwortung für die Freiheit auf jemand anderes zu übertragen. Russland war dafür schlecht geeignet – es war nicht klar, was für eine Vereinigung noch nach der noch frischen „Scheidung“ ... Also war Europa für die Rolle eines neuen Verantwortlichen für die moldawische Unabhängigkeit auserkoren. Zudem erhöhten ähnliche Beitritte zur EU einerseits die Europas politische Selbstachtung, andererseits war das eine Möglichkeit, Russland einen schmerzhaften Tritt zu verpassen. Auf diese Weise sind der EU die baltischen Staaten beigetreten ...

Die zweite Variante nimmt dank der aktuellen Regierung immer mehr Gestalt an. Und das entspricht keineswegs der Stimmung in der Bevölkerung: Die ökonomischen Vorteile der Vereinigung mit Rumänien sind sehr zweifelhaft. Ist nicht etwa Rumänien das ärmste Land in der EU? Wir haben allgemein über Politikaspekte in der Region gesprochen, jetzt erzähle ich, was wir in der FAM darüber denken. Zur Zeit kann weder der Beitritt zur EU noch zur Zoll-Union die Probleme lösen, die in der Gesellschaft existieren. In Europa wie in

Russland gibt es dieselben sozialen Probleme, die Gesellschaft ist in Reiche und Arme gespalten. Zudem geht die Entwicklung denselben Weg: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Unsere Arbeit betrifft gar nicht die Außenpolitik Moldawiens. Wir wollen, dass das moldawische Volk die Möglichkeit hat, sich selbständig zu entwickeln, ohne sich in den Fragen der eigenen Entwicklung an den Staaten und Zusammenschlüssen zu orientieren, die imperialistische Politik verfolgen. Das betrifft sowohl die USA, als auch die EU und Russland. Ich möchte das soziale Bild vervollständigen. Es wird nicht komplett, wenn mensch die große Anzahl der teuren Autos auf den Straßen von Kischinau nicht erwähnt. Anders gesagt, die weltweite Tendenz – die Reichen werden reicher, die Armen noch ärmer, ist hier vielleicht stärker bemerkbar als woanders. Bei einer Bevölkerungszahl von 3 Mio. ist jede*r vierte Rentner*in. Die durchschnittliche Lebenshaltungskosten liegen bei 1.455 Leu (88 Euro), davon wird nur die Hälfte nicht besteuert. Der Durchschnittslohn beträgt 3.500 (210 Euro), Durchschnittsrente 900 Leu (55 Euro), auf dem Land 500 (30 Euro). 30 Prozent der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. 50 Prozent bekommt einen Lohn unter dem Mindestlohn.

*Entsteht vor diesem Hintergrund irgendwelche soziale Aktivität, die womöglich wie in Griechenland gezwungenermaßen in Richtung Selbstorganisation und gegenseitige Hilfe geht, wobei Anarchist*innen mit Tat oder Wort helfen könnten?*

Das Land ist zu spezifisch: Moldawien ist ein agrarisches Land, die Bevölkerung reagiert sehr indifferent auf soziale Reize. Trotz dem, dass Moldawien in der Sowjetzeit als Heimat des Stillstands galt und im Land heute immer noch Traditionen der Vetterwirtschaft stark sind, wenn die Leute vor der Notwendigkeit stehen, soziale Probleme zu lösen, wählen sie lieber einfachere Lösungen – statt Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe gehen sie ins Ausland ... Deswegen wird zum Teile jede soziale Aktivität sehr schnell politisch gefärbt. Manche meiner Genoss*innen sehen Elemente der Selbstorganisation in Vereinen, die historische Gebäude schützen und der wilden Bebauung in der Hauptstadt widerstehen. Jedenfalls sieht mensch solch massenhafte und vehemente Aktivität bei uns nicht. Aber wir suchen, suchen nach Menschen, nach Möglichkeiten, machen Aufklärungsarbeit ...

Könntest Du vielleicht die Geschehnisse im April 2009 skizzieren? So weit ich mich erinnere, wedelte mensch bei den Unruhen mit europäischen Fahnen ... Das waren angeblich Proteste gegen manipulierte Wahlergebnisse, obwohl die OECD die Wahlen als „weitgehend frei“ bewertete. Also, was war das eigentlich?

Was die Unruhen am 7. April 2009 angeht, wie sehr wir darin Elemente der Selbstorganisation und Protest von unten sehen wollten, so war das nicht. Nach der offiziellen Version der kommunistischen Partei (PKRM), die damals an der Macht war, war das ein versuchter Staatsstreich. Offizielle Version der jetzigen Regierung – der damaligen „Revolutionären“ – ist die Unzufriedenheit mit dem Ausgang der Wahlen. Das alles überlassen wir dem Gewissen der Leute, die so was behaupten, und werten die Geschehnisse selbst als Machtüber-



gabe von KommunistInnen zu Liberalen. Zudem vom Standpunkt der modernen europäischen Demokratietradition her passt die „moldawische Variante“ in diese Tradition perfekt: Umstritten blieb eine einzige Stimme im Parlament, alle politischen Akteur*innen blieben auf ihren Plätzen und die Unruhen haben nie die Regierungsviertel verlassen. Was europäische Fahnen betrifft, so hängen sie in der Hauptstadt an fast allen Verwaltungsgebäuden. Unsere Schlüsse aus den Geschehnissen am 7. April sind traurig. Ein Volk, das größtenteils keine Traditionen der Selbstorganisation hat, lässt sich leicht politisch manipulieren und wird sehr schnell reaktionär. Das trifft nicht nur für die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu, sondern auch für den Rest der Welt. Ich meine den so genannten „arabischen Frühling“.

*Gibt es Beziehungen, Zusammenarbeit in der Region? Mit rumänischen, ukrainischen Anarchist*innen oder Linken? Vielleicht mit größeren oder internationalen Organisationen?*

Hier arbeiten wir eng mit Marxist*innen zusammen, unterhalten Kontakte zu IASR (Initiativa Anarho-Sindicalista din Romania). Auf individueller Ebene gibt es Kontakte zu ukrainischen und russischen Genoss*innen, die Position der KRAS-IAA ist uns nah. Was die in-

ternationalen Organisationen angeht, so besteht da so ein psychologisches Problem: Wir glauben, dass sich internationalen Organisationen anzuschließen nur Sinn macht, wenn du ihnen was geben kannst, etwas mit ihnen teilen kannst ... Wir wollen nicht Mitglied in irgendeiner Organisation werden, nur um mit der Mitgliedschaft anzugeben. Wir sind sehr selbstkritisch und können der internationalen Bewegung momentan nichts geben. Zur Zeit nehmen wir nur noch: Erfahrungen, Bücher, Flugblätter, und wir verfolgen theoretische Diskussionen.

Vielen Dank fürs Gespräch!

Kontakt

E-Mail: info@anarchy.md

Homepage: www.anarchy.md

Neues vom libertären Miesepeterschlumpf

Interview mit der chilenischen Zeitung „El Ciudadano“

★ von Berta Lindemann

Die 14-tägig erscheinende „libertäre“ Zeitung „El Ciudadano“ (zu Deutsch: Der Bürger) wurde 2005 gegründet. Kommunikation sei ein Mittel für sozialen Wandel, heißt es im Impressum des unabhängigen Blattes. Dieses Selbstverständnis kommt an – die Leserzahlen der kleinsten landesweit erscheinenden Zeitung steigen. Ein Gespräch mit dem 44-jährigen Redakteur César Baeza Hidalgo.

El Ciudadano sieht sich als libertäre Zeitung. Was für ein Konzept steht dahinter?

Der Name appelliert an die Partizipation der Bevölkerung, die Zivilgesellschaft. Dahinter steht eine innere Haltung, sich auf die Suche zu begeben, zum Beispiel nach Meinungsfreiheit jenseits des Egoismus. Dabei wird deine eigene Kohärenz zwischen Diskurs und Aktion immer wieder auf die Probe gestellt – aber dadurch ist es auch möglich, diese Freiheit zu finden. Einige von uns teilen diese Perspektive des reinen Anarchismus mehr, andere weniger.

Wir sind jedoch nicht mit einer politischen Gruppe „verheiratet“. Wir wollen ausgewogenen Journalismus machen. Themen positionieren, die in traditionellen Medien nicht berührt werden, um sie zur Debatte



César Baeza Hidalgo im Gespräch

zu stellen. Für Propaganda gibt es andere Räume. Das bedeutet nicht, dass wir versuchen würden, neutral zu sein. Eher geht es darum, die eigene Haltung nicht zu verbergen. Unserer Ansicht nach muss es mehr soziale Gerechtigkeit geben, eine Gleichberechtigung von Meinungen, eine Welt, in der die Reichtümer gleichmäßiger verteilt sind.



Für wen schreibt El Ciudadano?

Erinnerst du dich an die Schlümpfe? Da gab es diesen Miesepeterschlumpf, der immer was zu meckern hatte. El Ciudadano ist wie der Miesepeterschlumpf. Er sagt: „Mir gefällt der Mega-Bergbau nicht“, „Mir gefällt Piñera nicht“. Wir haben eine dichte Schreibe und widmen uns schwierigen Themen. Aber wir bringen auch Positivbeispiele und sagen: Hier ist eine Gruppe, die sich als Kooperative organisiert hat, und das funktioniert gut.

Diejenigen, die das interessiert, sind unsere Leser. Mehr als die Hälfte davon sind um die 30 Jahre alt. Aber auch viele Menschen zwischen 60 und 70 und Sekundarschüler lesen uns.

Wie finanziert sich das Blatt?

Zeitweise waren projektfinanzierte Zeitungsbeilagen die Haupteinnahmequelle, an zweiter Stelle standen Anzeigen. Derzeit setzen wir alles daran, das Blatt komplett durch den Verkauf zu finanzieren. Die Printausgabe von El Ciudadano kostet am Kiosk 500 Peso (rund 0,80 €), die Zeitung soll nie teurer sein, als ein Ticket im öffentlichen Nahverkehr.

Unser Jahresabonnement ist – unüblicherweise – teurer als die Zeitung am Kiosk. Denn, wenn du weißt, dass du 20.000 Pesos im Jahr für 24 Ausgaben bezahlen kannst und du möchtest, dass es El Ciudadano weiterhin gibt, dann gib uns Planungssicherheit, abonniere das Blatt. Wenn du nicht genug Geld hast, geh die Zeitung am Kiosk kaufen, aber kauf sie! Wir wollen dass El Ciudadano für alle erschwinglich ist.

Wie ist die redaktionelle Arbeit organisiert und was ist nötig, um so ein Projekt zu stemmen?

Durchhaltevermögen? Ich arbeite täglich zwischen 14 und 17 Stunden und verdiene etwa 65 Prozent dessen, was ein verantwortlicher Redakteur in einer vergleichbaren Position anderswo verdient. Aber wir sehen das als Etappe auf einem Weg. Und wir haben den Vorteil, dass es innerhalb der Zeitung keine Zensur gibt.

Wir sind ein kleines Team aus fünf festen Leuten und zwei Praktikanten, hinzu kommen externe Autoren. Die Praktikanten kümmern sich vor allem um den Internetauftritt. Für unsere Informationen greifen wir auf ein Netzwerk aus Medien, Journalisten und sozialen Organisationen im Land zurück.

Entgegen den Unkenrufen vom Ende der Printmedien hat El Ciudadano Auflage und Erscheinungsrhythmus erhöht – wie siehst du die Zukunft der Druckausgabe eurer Zeitung?

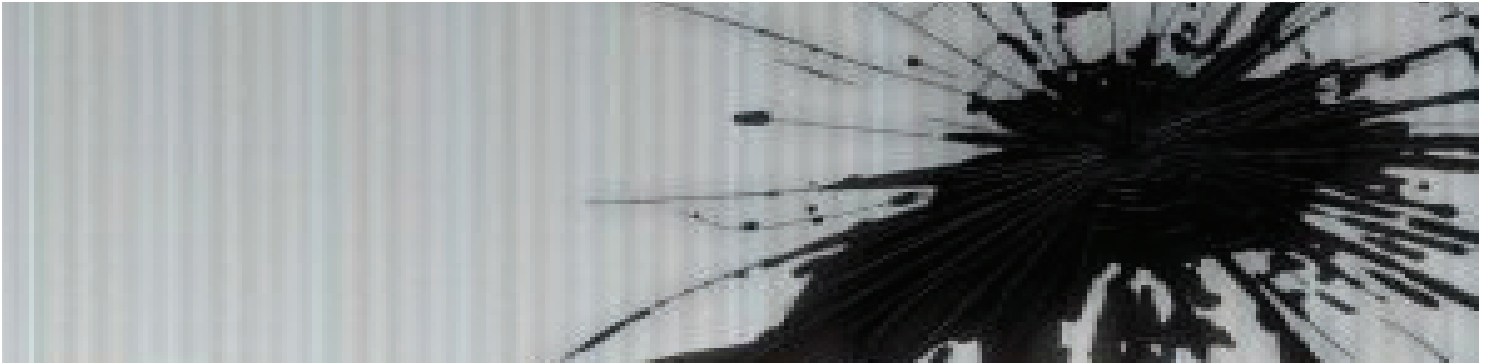
Moment, die Kristallkugel... Natürlich weiß ich das nicht. Doch es wird immer Menschen geben wie mich, die das Zeitungspapier zwischen ihren Fingern fühlen wollen – anderen scheint ein Tablet-Computer ideal. Allerdings, in einer Zeitung, die bei dir zu Hause auf dem Tisch liegt, wird der Besucher anfangen zu lesen, während er auf dich wartet. Das wird mit deinem Tablet-Computer nicht passieren, denn das ist ein sehr privates Objekt, während die gedruckte Zeitung zum kollektiven Eigentum werden kann.

Bei El Ciudadano sind wir immer noch etwas traumatisiert von der Umstellung auf den 14-tägigen Rhythmus der Printausgabe. Wenn wir die finanziellen Mittel hätten, würden wir täglich erscheinen. Das ist der Traum, wir alle wünschen uns das.

El Ciudadano

El Ciudadano versteht sich als libertäres Community-Medium. Laut Editorial soll Berichterstattung aus lokaler Perspektive gestärkt und Selbstbestimmung gefördert werden.

Gründung: 2005 durch Bruno Sommer (heute Ko-Direktor)
Erscheinungsweise: Print 14-tägig, online täglich aktualisiert
Bezug: Landesweit am Kiosk oder als Abo
Auflage: 30.000
Content: Alle Online-Inhalte als Creative Commons, Mitglied im Netzwerk *Red de Medios de los Pueblos*
Web: www.elciudadano.cl



„Ecran d'espionnage“

Prozess gegen Anti-Werbungs-Aktivist*innen in Paris



jr

Am 23.10.2012 fand in Paris ein Prozess gegen drei Anti-Werbungs-Aktivist*innen statt. Ihnen wird die Zerstörung von 82 Werbebildschirmen in der Pariser Metro zur Last gelegt. Das Urteil wurde am 20. November verkündet.

In der Zeit von Mai bis September 2010 wurden in der Pariser Metro 82 Werbebildschirme zerschlagen und mit Parolen wie „1984 – resist!“ oder „ecran d'espionnage“ (Spionagebildschirm) besprüht. Der Sachschaden belief sich nach offiziellen Angaben auf insgesamt 260.000 €. Die Aktion wurde von den Beteiligten mit ihrer generellen Kritik an Überwachungstechnik und Werbung an sich gerechtfertigt. Der ausbleibende Erfolg von legalen Aktionen führte die drei nach eigenen Angaben zu jenen drastischen Mitteln, die von der Anklage als „extreme Gewalt“ bezeichnet wurden. Eine zynische Überspitzung – wenn man die „Gewalt“ gegen Sachen im Kontext von struktureller Gewalt gegen Menschen betrachtet.

Diese strukturelle Gewalt wurde auch von den Aktivist*innen thematisiert, die ihre Taten mit Verweis auf die in der Werbung transportierten und fragwürdigen Wertvorstellungen und Rollenbilder rechtfertigten sowie über das erklärte Ziel der Werbung, Menschen psychologisch zu beeinflussen. Ihr Vorgehen nahm somit den Zug einer Selbstverteidigung gegenüber einer omnipräsenten Werbe- und Manipulationsmaschine ein.

Als weiteres Argument wurde der enorme Energieverbrauch dieser Werbebildschirme von den Aktivist*innen angesprochen. Der Energieverbrauch muss regelmäßig als Argument für Atomkraft und fossile Brennstoffe herhalten. Jeder der hier beschriebenen Bildschirme verbraucht etwa so viel Strom wie eine vierköpfige Durchschnittsfamilie in Frankreich – was im europäischen Vergleich schon im oberen Drittel des Verbrauchs anzusiedeln ist.

Der Typ der angegriffenen Werbebildschirme enthält tatsächlich jeweils eine Kamera und eine Bluetooth-Schnittstelle. Wird von einem im Hintergrund laufenden Programm eine „positive Reaktion“ einer

Person auf die Werbung festgestellt und besitzt diese ein Handy mit Bluetooth-Schnittstelle, so verschickt der Bildschirm selbstständig eine Werbe-SMS. Dass diese Technik auch zu Überwachungszwecken eingesetzt werden kann, wird von dem Hersteller JC-Deceaux und der Firma Metrobus bisher bestritten.

Überwachungskameras haben auch zu einer Festnahme der Aktivist*innen geführt.

Eine Person wurde auf den Videoaufnahmen der Metrostationen identifiziert, woraufhin das Handy der Person überwacht wurde. Mit dieser Aktion wollten die Ermittler*innen Gruppenzusammenhänge aufklären, was ihnen zum Teil auch gelang. Auf Grund dieser Überwachung konnte ein weiteres Mitglied der Gruppe identifiziert und festgenommen werden. Bei Hausdurchsuchungen wurde dann auf den Videos sichtbare Kleidung und Material (Hämmer, Brecheisen, Spraydosen) identifiziert. Daraufhin haben die beiden Personen die Taten zugegeben, distanzierten sich jedoch nicht davon. Die dritte Person wurde unabhängig davon ebenfalls auf den Videoaufnahmen einer späteren Aktion erkannt. Nach kurzer Untersuchungshaft sind alle drei momentan auf freiem Fuß.

Es wurden folgende drei Urteile ausgesprochen:

1. 3 Monate Haft auf Bewährung und eine Geldstrafe von 28.986 €
2. 1 Monat Haft auf Bewährung und eine Geldstrafe von 7.502 €
3. Eine Geldstrafe über 1.336 €





Im freien Verbund

Anarchistischer Syndikalismus in den Niederlanden und Flamen

★ *Derrin Aybara (ASJ Bonn)*

Dieser Text entstand aus einem Interview mit einem niederländischen Genossen, während des anarchistischen Kongresses in St. Imier 2012. Das ganze Interview wird es demnächst auf der Seite der ASJ Bonn geben.

Geschichte der „Anarchist Groep Amsterdam“

Die Anarchist Groep Amsterdam (AGA) wurde im Jahr 2000 gegründet. Sie geht zurück auf die Initiative einiger ehemaliger Spanier*innen. Diese bekamen im Restaurant- und Hotelgewerbe Probleme mit ihren Arbeitgeber*innen. Auf der Suche nach einer anarchistisch-syndikalistischen Gewerkschaft mussten sie feststellen, dass eine solche in den Niederlanden nicht existierte. Gemeinsam mit niederländischen Genoss*innen gründeten sie die AGA und führten mehrere erfolgreiche Arbeitskämpfe. Diese beinhalteten einen großen Anteil an direkten Aktionen, wie das Verkleben von Türschlössern und die Störung des Geschäftsbetriebes. Auch nach den anfänglichen Erfolgen schaffte es die AGA als feste politische Gruppe fortzubestehen. Heute betreut sie unter anderem ein Infoladen-Café mit anarchistischer Bibliothek.

Die Wiederbelebung des „Freien Bundes“

Der „Vrije Bond“ (Freier Bund) existiert seit den 1980er Jahren in den Niederlanden. Allerdings stellte er sich schon lange als ein loses Email-Netzwerk ver-

schiedener Aktivist*innen aus den sozialen Bewegungen (Antimilitarismus, Anti-AKW, etc.) dar, das sich seit den 90er Jahren darauf konzentrierte ein regelmäßiges Magazin herauszubringen. Mit der erfolgreichen Etablierung der AGA, begannen auch Aktivist*innen aus anderen Städten Gefallen an der Idee explizit anarchistischer Gruppen zu finden. Viele sahen darin eine sinnvolle Erweiterung zu bestehenden Netzwerken, die sich meist nur mit bestimmten Themengebieten auseinandersetzten. Schnell entstanden weitere Gruppen in Zaandam, Utrecht und Nimwegen. Interessant hierbei ist auch die Entstehung einer Gruppe in Gent in Belgien. Zu betonen ist hier, dass die Genoss*innen sich an Sprach- und nicht an Ländergrenzen zu organisieren. Ähnlich wie das Forum deutschsprachiger Anarchist_innen (FdA).

Bei Überlegungen zur weiteren Vernetzung wurde beschlossen, die

existierende Struktur des „Freien Bundes“ inklusive Streikkasse wiederzubeleben. So kam es nach über zehn Jahren im Jahr 2003 wieder zu einem Treffen des „Freien Bundes“ – die anarchistisch-syndikalistische Bewegung in den Niederlanden und Belgien erlebte den Beginn ihrer Renaissance. In den Jahren 2006 und 2007 gab es längere Debatten, über die Struktur und das Selbstverständnis des „Freien Bundes“. Dieser versteht sich heute als eine Kombination aus anarchistischer Föderation und anarchistisch-individualistischer Gewerkschaft, und steht auch einzelnen Individuen offen.

Die momentane Situation

Anarchist*innen, die momentan in den Niederlanden aktiv sind, sehen sich mehreren Problemen ausgesetzt. Seit Pim Fortuyn und heute vor allem bestärkt durch den Rechtspopulisten Geert Wilders, sowie die ökonomische Krise, wird in den Niederlanden verstärkt Stimmung gegen Migrant*innen gemacht. Trotz einer guten Zusammenarbeit, zwischen den Anarchist*innen und migrantischen Communities, ist es ihnen bis heute nicht möglich, dieser öffentlichen Stimmung etwas

entgegensetzen. Es bleibt in diesem Punkt nur zu hoffen, dass es die radikale Linke gemeinsam mit den vom Rassismus Betroffenen schafft, hier verstärkt zu intervenieren und den gesellschaftlichen Fokus auf die wirklichen Ursachen und Probleme der Krise zu lenken.

Ein anderes großes Problem ist, dass die radika-

le Linke und explizit die Anarchist*innen vermehrt staatlicher Repression ausgesetzt sind. Dies hat verschiedene Gründe. So wurde der Mord an Pim Fortuyn 2003 (zu Unrecht) der linksradikalen und anarchistischen Bewegung zugeschrieben. Ihr trotzdem anhaltender Erfolg und ihre Aktivität in vielen sozialen Kämpfen, stören die herrschende Klasse immens. Auch die Ausschreitungen im Oktober 2010 in Amsterdam, bei denen sich eine große Demonstration von Hausbesetzer*innen gegen grundlose Angriffe der Polizei entschlossen und anhaltend zur Wehr setzte, werden von Seiten des Staates komplett den Anarchist*innen zugeschrieben.

Trotz der anhaltenden Repression schaffen es die anarchistischen Genoss*innen kontinuierliche und teilweise sehr erfolgreiche Arbeit zu leisten. Die über 150 Mitglieder des „Freien Bundes“ entfalten un-



Gemeinsamer Block von Vrije Bond und FAU während einer Großdemonstration gegen die Schließung des Ford Werkes im belgischen Gent im November 2012 (Foto: syndikalismus.tk)



terschiedliche Aktivitäten in vielen Bereichen. Sie kämpfen wie in Utrecht oder Zaandam mit viel Energie gegen Abschiebefängnisse, beteiligen sich an verschiedenen sozialen Kämpfen und führen immer wieder entschlossene Arbeitskämpfe, die eine Vielzahl an direkten Aktionen beinhalten.

International ist der „Freie Bund“ zwar mit vielen Gruppen und anarchistisch-syndikalistischen Gewerkschaften vernetzt und arbeitet auch immer wieder mit ihnen zusammen, möchte sich jedoch momentan nicht in einer internationalen Föderation verbindlich einbringen.

Kontakt

Vrije Bond: www.vrijebond.nl

Anarchist Groep Amsterdam: www.agamsterdam.org

ASJ Bonn: www.asjbonn.blogspot.de

Angriffe auf zapatistische Gemeinden

Im mexikanischen Chiapas werden Paramilitärs wieder aktiv

★ Von Luz Kerkeling

Im süd-mexikanischen Chiapas haben Angriffe auf Gemeinden der zapatistische Bewegung einen neuen Höhepunkt erreicht. Seit September 2012 melden die zivilen Selbstverwaltungsräte der Befreiungsarmee EZLN, dass regierungsnahe Gruppierungen mit Gewalt gegen ihre Gemeinden vorgehen.

Im Norden von Chiapas wurden am 8. September etwa 70 zapatistische Familien aus den Dörfern Comandante Abel und Unión Hidalgo vertrieben, obwohl sie den Angreifern zuvor Land überlassen hatten.

Die Täter unterhalten direkte Verbindungen zu Paramilitärs, die unter dem zynischen Namen »Paz y Justicia« (Frieden und Gerechtigkeit) bereits Ende der 1990er Jahre für Tod und Vertreibung verantwortlich waren. Die Angreifer besetzten das Land und raubten Mais im Wert von 132.000 Pesos – ein Lehrer verdient monatlich etwa 5000 Pesos. Die Geflüchteten leiden unter Krankheiten, Mangelernährung und Traumatisierung infolge der Angriffe.

Die Zapatistas beschuldigen den Innenminister des Bundesstaates Chiapas, Noé Castañón, die Angriffe verantwortet zu haben. Bereits kurz nach dem Landraub trafen Polizeifahrzeuge mit Baumaterial ein, um ein Camp zum Schutz der Invasoren zu errichten. Paramilitärs und Polizei sollen die Vertriebenen an der Rückkehr in ihre Gemeinden hindern.



Am 21. Dezember marschierten über 40.000 Zapatist*innen in einem Schweigemarsch in verschiedenen Städten und besetzten dort Straßen und Plätze (Foto: syndiaklismus.tk)

Am 5. Oktober meldete die pazifistische Organisation Las Abejas (Die Bienen) aus dem zentralen Hochland, dass auch die paramilitärische Gruppe Mascara Roja (Rote Maske), die 1997 ein Massaker an 45 Menschen begangen hatte, wieder aktiv wird und die Opposition terrorisiert. Las Abejas weisen der Regierung von Chiapas und der Bundesregierung die Verantwortung für die Gewaltakte zu.

Ziele der Aktionen sind nach Einschätzung des Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de las Casas die Spaltung der kleinbäuerlich-indigenen Gemeinden und die Schwächung der zapatistischen Autonomiebewegung, um neoliberale Entwicklungsvorhaben verwirklichen zu können. Hilfsprogramme für regierungsnahe Gruppierungen und Repressionen gegen Zapatistas durch Paramilitärs, staatliche Sicherheitskräfte und eigene Parteigänger sind Mittel zum Zweck.

Trotz anderslautender Lippenbekenntnisse strebt die Regierung danach, die während des bewaffneten

Aufstands der EZLN 1994 besetzten Ländereien zu „legalisieren“ und damit zur Privatisierung freizugeben. Eine zwielichtige Rolle spielt dabei der neue Gouverneur von Chiapas, Manuel Velasco von der Grünen Partei PVEM. Der 32-jährige Oligarchenspross gewann mit Unterstützung der PRI im Juli die Gouverneurswahl und trat sein Amt im Dezember an. Ausdrücklich lobte er die Politik seines Vorgängers Juan Sabines von der sozialdemokratischen PRD und sagte zu, die Palmöl-Monokultur, den Ausbau des Luxustourismus und die Umsiedlung der indigenen Bevölkerung in so genannte „Landstädte“

fortzusetzen. Kritiker*innen prangern an, dass die Betroffenen, die sich zuvor mehrheitlich kleinbäuerlich selbst versorgt haben, durch diese Art von „Entwicklung“ ungefragt und teils gewaltsam in das kapitalistische System integriert werden.

Mexikos neuer Präsident Enrique Peña Nieto (PRI) hat sich bereits vor seinem Amtsantritt zu einer Politik der harten Hand und der neoliberalen Reformen bekannt. Da viele Organisationen – nicht nur die

Zapatistas – mit dieser rücksichtslosen Politik nicht einverstanden sind und Widerstand leisten werden, ist mit einer Zunahme der Repression zu rechnen. Zumal der „Drogenkrieg“ den Herrschenden die nahezu unkontrollierte Unterdrückung aller Kräfte ermöglicht, die nicht eindeutig auf Regierungslinie sind.

Alles nicht so schlimm

Oury-Jalloh-Prozess - Der Kampf um die Wahrheit geht weiter

★ von Carlo Vaco (Anarchistische Föderation Berlin)

Am 14.12. um 14.30 Uhr wurde der erste Revisionsprozess vor dem Landgericht Magdeburg in Sachen „Aufklärung der Todesumstände des Oury Jalloh“ von der vorsitzenden Richterin C. Methling zuende gelogen. Wie nicht anders zu erwarten, kam das Schwurgericht zu dem Schluss, dass Oury Jalloh die feuerfeste Matratze, auf der er angekettet lag, selbst mit einem Feuerzeug in Brand gesetzt hat, um kurz darauf nach einem „inhalatorischen Hitzeschock“ tot umzufallen. Allein diese Schlussfolgerung ist ein ganz unverschämter Schlag in die Gesichter sowohl seiner Familie, die als Nebenkläger*innen ihr Bestes versuchten, die Wahrheitsfindung voranzubringen, als auch der Unterstützer*innen, die sich oft noch vor dem Morgengrauen aufmachten, die Prozesstermine zu begleiten und Öffentlichkeit herzustellen.

Nun muss an dieser Stelle fairerweise eingefügt werden, dass es auch gar nicht wirklich die Aufgabe des Gerichtes gewesen ist, hier irgendwelche Todesumstände oder gar Verantwortlichkeiten dafür zweifelsfrei festzustellen. Diese sind allenfalls als Nebensächlichkeiten von Belang, denn es sollte geklärt werden, ob Dienstgruppenleiter Andreas Schubert in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit es geschafft hätte, rechtzeitig die Zellentür aufzureißen und Oury Jalloh noch zu retten. Und dafür ist es allenfalls wichtig zu wissen, wann das Feuer wohl ausgebrochen ist und wann der in der Zelle befindliche Rauchmelder im Dienstzimmer angeschlagen hat.

Dazu wurden verschiedene Versuche unternommen, Computermodelle, Gutachter*innen und Zeug*innen befragt. Es wurden Bewegungsstudien gemacht, die beweisen sollten, wie lange das Anzünden einer feuerfesten Matratze durch einen an Händen und Füßen Gefesselten dauert, wie sich ein möglicher Flammenverlauf entwickeln könnte, wann die Nase die heiße Flamme schneidet und dergleichen mehr. Deswegen hatte die Nebenklage immer wieder Möglichkeiten, durch geschicktes Befragen und Antragestellen die offiziell zugrunde gelegte Selbstmordthese zu hinterfragen und den Fokus der Verhandlung in Richtung Mord zu verschieben. Dass es am Ende nichts

genützt hat, war allen, die sich mit dem Prozessverlauf auseinandergesetzt haben, eigentlich klar. Dennoch war es bitter, die Urteilsverkündung mit den entsprechenden herbeigelogenen Begründungen über sich ergehen zu lassen.

Wenn dort eine Richterin steht, die dir Kraft ihrer ganzen dienstlichen Impotenz ins Gesicht lügt,

da hätte sich einer
an Händen und Füßen gefesselt
in der Zelle die eigene Matratze angezündet
um auf sich aufmerksam zu machen
er hat ja die ganze Zeit mit den Ketten gerasselt
mehrmals durchsucht
bevor er weggeschlossen wurde
das Feuerzeug könnte er einem Beamten anschließend geklaut
haben
die Kopfverletzungen
hat er sich den Kopf auf der Wache an der Tischkante, ... ---
vorher, als die Streife zum „Tatort“ anlangte
hat er sich auch gewehrt
im Abtransporter mehrmals mit dem Kopf feste an die Glasscheibe
der Beamte hat Schlimmeres verhindern können
Selbstgefährdung
deshalb war's auch richtig
zu seinem eigenen Schutz
ihn mit auf die Wache zu nehmen – keine Freiheitsberaubung.

Früher
nannten sie das Schutzhaft
auch damals wurden Menschen ermordet
und anschließend verbrannt

Oury Jalloh wurde am Morgen des 7.1.2005 von den Beamten März und Scheibe in Gewahrsam genommen und auf das Polizeirevier Dessau-Ost verbracht. Dort wurde ihm von einem Arzt Blut entnommen, es wurden Verletzungen am Kopf diagnostiziert, anschließend wurde er für mehrere Stunden in eine 3 × 2 m große bis zur De-



cke geflieste Zelle gesteckt und dort auf einer feuerfesten Matratze liegend angekettet. Er wurde so brutal misshandelt, dass er an den Folgen gestorben ist. Um den Mord zu vertuschen, wurden er und die Matratze mit Brandbeschleuniger übergossen und angezündet. So einfach, gleichzeitig aber auch nachvollziehbar und vollkommen übereinstimmend mit der Indizienlage lautet die immer festere Überzeugung des Unterstützer*innenkreises bzgl. des Ablaufes.

Der Angeklagte – Das Gericht – Die Nebenklage – ? Ist hier nicht wer vergessen worden?



Am Tag der Urteilsverkündung vor dem Magdeburger Landgericht: Kreuze erinnern an Menschen, die in Polizeigewahrsam oder durch Polizeigewalt ums Leben kamen

Nein – Staatsanwalt Preissner können wir bei der Wahrheitsfindung getrost vergessen. Das einzig Erwähnenswerte ist vielleicht, dass er ein wirklich widerlicher Typ ist. Allerdings sehr wichtig – natürlich. Er hat seine Rolle, die vergangenen und die noch folgenden Revisionsprozesse so weit wie möglich von irgendwelchen Mordgeschichten fern zu halten, offenbar bis jetzt beherrschen können. Insofern hat die Polizeidirektion Dessau in ihm den passenden Anwalt. Immerhin ist aus seinem Büro einst ein immanent wichtiges Beweisstück im Prozess abhanden gekommen. Oups – gut gemacht, Preissner! Und nun hat er bereits Revision gegen das Urteil eingelegt. Weil das Gericht den Schubert nicht wegen Freiheitsberaubung belangt hat und er die Ingewahrsamnahme nicht von einem Richter hat absegnen lassen. Dazu hat das Gericht gesagt, dass das zwar die Vorschrift gewesen wäre, aber weil ALLE Dienstgruppenleiter das nicht gewusst haben (wie sie alle aussagten), sei das dann nicht so schlimm gewesen. Der Preissner findet das aber schlimm, wenn sich im Polizeigewahrsam angekettete Menschen ohne richterliche Unterschrift selbst anzünden würden. Du hast den Nebenschauplatz für deine Revision innerhalb weniger Tage gefunden – gut gemacht, Preissner!

Ach ja: Dienstgruppenleiter Andreas Schubert wurde tatsächlich verurteilt. Zu 120 Tagessätzen á 90 €. Er hätte nach Auffassung des Gerichts zwar keine Möglichkeit gehabt, Oury Jalloh zu retten (obwohl er den Brandalarm 2 Mal weggedrückt hatte). Allerdings hat er grob fahrlässig seine Aufsichtspflicht gegenüber dem rechtswidrig Isolier-

ten verletzt – und dies, nachdem einige Jahre zuvor in der gleichen Zelle Mario Bichtermann ums Leben gekommen ist. Seinerzeit gab es keinerlei Ermittlungen bzgl. des Hergangs. Mord?! Auch nach dem Feuertod Oury Jallohs sieht der Oberstaatsanwalt keinerlei Anlass, in diesem Fall Ermittlungen aufzunehmen. Gut gemacht, Preissner!

Wie jedes Jahr, so findet auch am 7.1.2013 die Demonstration in Gedenken an den Mord an Oury Jalloh in Dessau statt. Im letzten Jahr wurde die Demonstration mehrfach von uniformierten Schlägern überfallen, bevor diese im Bahnhof einige Aktivist*innen ins

Krankenhaus prügeln. Es sollte verhindert werden, dass öffentlich gesagt wird, Oury Jalloh sei ermordet worden, obwohl gerichtlich verfügt worden war, dass dies durch die Meinungsfreiheit gedeckt ist. Der Prozessverlauf hat nun gezeigt, dass dies die einzig mögliche Interpretation der Sachlage ist. Da das Gericht erneut die altbekannte Lügengeschichte erzählt hat, sollten dieses Jahr umso mehr Menschen kommen, die ebenfalls überzeugt davon sind:

OURY JALLOH – DAS WAR MORD!!!

(1) Dieses Begriffspaar ist eines der zentralen Elemente ihrer Argumentation. Was zunächst als medizinisch-wissenschaftliche Diagnose daherkommt, entpuppte sich während der Verhandlungen als universeller Mülleimer ungeklärter Todesfälle nach Feuereinwirkung. Es funktioniert nach dem Ausschlußprinzip: Wenn alle bekannten und diagnostizierbaren Todesumstände nicht greifen, dann greift mit Sicherheit „inhalatorischer Hitzeschock“ – einfach weil es als theoretisch möglich angenommen wird, dass lebenswichtige Organe „schockartig“ versagen, wenn eine mehr als 180° heiße Flamme inhaled wird. Nachgewiesen wurde „inhalatorischer Hitzeschock“ noch nie, es ist ein Feld der Spekulation. Wenn Mord, wie hier geschehen, aus staatstragenden Gründen von vornherein ausscheidet, gelangt mensch am Ende unweigerlich zu diesem Ergebnis.

Hintergründe und Anreise

Über den Fall Oury Jalloh:

www.initiativeouryjalloh.wordpress.com

www.grundrechtekomitee.de/node/537

www.grundrechtekomitee.de/node/530

Busse zur Demonstration am 07. Januar in Dessau:

Berlin

Abfahrt: Alexanderplatz, auf dem Parkplatz des Park Inn Hotels, 10.00 Uhr

Jena (Anmeldung: daswarmord@riseup.net)

Abfahrt: Jena Inselplatz, 10.00 Uhr

NRW (Anmeldung: ouryjalloh-nrw@riseup.net)

Abfahrt: Köln (BHF Ehrenfeld), 5.00 Uhr

Wuppertal (HBF), 5.45 Uhr

Dortmund (HBF, Nordseite), 6.30 Uhr

Hamburg (Karten im Kopierladen Schanzenviertel oder direkt am Bus)

Abfahrt: S-Bhf Sternschanze, 6.00 Uhr (pünktlich!)

PINNWAND

Nachrichten in aller Kürze

Chemnitz: Die Initiative zur Gründung eines FAU-Syndikats rief für den 2.12.2012 zu einer Kundgebung unter dem Motto „Weihnachten ist nicht zum Arbeiten da“ auf.

Berlin: Spanische Einwanderer kämpfen um ihr Recht bei Messe-shop. Schon im Mai 2012 wandten sich zwei Kollegen der FAU Berlin an ihre Sektion Bau und Technik. Sie baten um Hilfe, da sie seit mehreren Monaten auf die Bezahlung für geleistete Arbeit warteten. Der Konflikt ist noch immer aktuell. Mehr Infos: fau.org

Saarland: Am Freitag, den 14.12.2012, hat die Farce um den Prozess gegen 5 saarländische Antifaschist*innen endlich ein Ende gefunden. Das seit nunmehr knapp 5 Jahren andauernde Verfahren wurde eingestellt. Die Kosten aller Angeklagten gehen zu Lasten der Landeskasse.

Dortmund: Am 8.12.12 haben Aktivist*innen von Occupy und der Initiative für eine Anarchistische Föderation Rhein-Ruhr gemeinsam Flyer verteilt, die über die Zustände in Ägypten aufklärten. Auf den Flyern wurde Solidarität mit den Protesten gegen Präsident Mursi gefordert und besonders auf die anarchistischen Gruppen hingewiesen, die dort im Kampf gegen Unterdrückung mit in vorderster Reihe stehen.

Dresden: Derzeit befindet sich in Dresden wieder ein anarchistischer Gesangschor in Gründung.

Dresden: Zur Verhinderung des diesjährigen Naziaufmarschs in Dresden hat sich im Dezember das radikale Bündnis "Keine Ruhe!" gegründet. Es ist das erste Aktionsbündnis in Dresden, das seit den 1990ern explizit mit anarchistischer Symbolik mobilisiert. Mehr Infos: keineruhe.noblogs.org

Berlin: Am 8.12.2012 gelang mit einer Doppelbesetzung in Kreuzberg ein seltener Bruch mit der berüchtigten „Berliner Linie“, wonach jedes besetzte Haus innerhalb von 24 Stunden geräumt werden soll. Die Häuser sind bis März 2013 geduldet.

Hannover: Mit Mahnwachen am 7.12.2012 für die Toten und Verletzten nach den Bränden in Bangladesch und Pakistan folgten rund 20 Menschen, darunter auch Mitglieder der FAU-Hannover, am Abend einem Aufruf des „Dritte Welt Forums“. Und setzten so ein Zeichen gegen die Ausbeutung und Willkür in den Textil- und Bekleidungsfabriken der Zuliefererindustrie. Das Ziel ihres Protestes: Die Bekleidungsgeschäfte C&A, H&M sowie Zara und Kaufhof in der Innenstadt Hannovers.

Dresden: Steigende Mieten und massive Angriffe auf billige Wohnräume und alternative Projekte. Für 2013 ist die Räumung der Projekte „Praxis“ (ehemals Libertäres Netzwerk Dresden) und des Wagenplatzes „Freiraum Elbtal“ angekündigt. Gleichzeitig gründeten sich mehrere Hausprojektgruppen und eine Interessengemeinschaft Freiraum.

Bonn: In der Slowakei wird gerade ein Arbeitskampf im Bildungssektor geführt. Forderungen sind 10 % mehr Gehalt, eine Erhöhung des Bildungsetats auf 6 % gemessen am Bruttosozialprodukt und einiges mehr. Am 14.12.12 hat die ASJ-Bonn an einer Solidaritätsaktion der FAU Bonn teilgenommen.



Kurz im Anschluss wurde die Stimmung angespannter, da die Einsatzkräfte nun erstmals in die Demo prügeln. Trotzdem ließen sich die Teilnehmer*innen dadurch nicht einschüchtern, es folgten ein Sprint und ein spontanes, forsches Weiterlaufen, was die Polizist*innen sichtlich nervös machte.



Ein Bild der „Demospitze“.



Vor dem Mannheimer Schloss fand die erste Zwischenkundgebung statt. Ein Mitglied der Libertären Gruppe Karlsruhe verlas stellvertretend einen Beitrag aus Dresden über Geschlechterverhältnisse in der Krise, gefolgt von einem Beitrag des AK Antifa Mannheim über Rassismus in Politik, Gesellschaft und Mannheim



Trotz des massiven Polizeiaufgebotes, die fast jegliche Aussenwirkung verhinderte, war die Demonstration von Beginn an laut und kämpferisch. Daran sollte sich bis zum Schluss auch durch Polizei, die mehr als bescheidene Route und der Dauerregen nichts ändern.

Eine Sammlung von Berichten und Fotos zur „There is no alternative - Kapitalismus überwinden“ Demonstration des Anarchistischen Netzwerks Südwest* findet ihr auf:

www.fda-ifa.org
und
esistdassystem.blogspot.de



Die Demonstration startete vom Bahnhofsvorplatz, aufgrund der Freiburger Buskontrolle mit etwa 1 Stunde Verspätung. Von Beginn an war die Polizei mit massiven Einsatzkräften vor Ort. Zum Auftakt hielt ein Vertreter des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen eine Rede über die Krisenbewältigung am Beispiel Griechenlands, nach einer weiteren Rede und zähen Verhandlungen mit den Einsatzkräften konnte die Demo schlussendlich in einem Wanderkessel starten.



Auf dem Messplatz folgte die letzte Zwischenkundgebung mit einem Redebeitrag der Anarchistischen Gruppe Freiburg zum Thema Nationalismus und einem Grußwort der Anarchistischen Föderation Rhein-Ruhr in Gründung.



Vollkommen durchnässt, aber nicht minder lautstark zog die Demonstration zur Endkundgebung, wo es einen letzten Redebeitrag des Libertären Bündnis Ludwigsburg über anarchistische Alltagspraxis zu hören gab. Danach zog noch eine Spontandemonstration Richtung JUZ Mannheim, wo warme Vokü wartete.



Auf der Anreise erlebten die Insassen des Busses, der von der Anarchistischen Gruppe Freiburg organisiert wurde, die erste unangenehme Überraschung des Tages. Zuerst wurde der Bus über mehrere Kilometer von einem Polizeihelikopter im Tiefflug verfolgt, bevor dann die Infanterie, in Form mehrerer Dutzend BFE-Einheiten nachrückte. Der Bus wurde zuerst auf der Autobahn gekesselt und danach auf einen Rastplatz geleitet, worauf alle Insassen sowie der Bus vollständig durchsucht wurden.



Nach der schikanösen Kontrolle des Busses zogen die Insassen vom Ausstiegspunkt als Spontandemonstration zum Startpunkt der eigentlichen Demo und wurden dort freudig begrüßt.



Kollektiv und selbstbestimmt

Aroma Zapatista - das neue Kaffeekollektiv in Hamburg

★ vom Aroma Zapatista Kollektiv

Einen Kollektivbetrieb gründen, zusammen arbeiten und alles selbst entscheiden. Manchen scheint es anachronistisch. Andere sagen, dass es gerade heute in Zeiten der Krise richtig und wichtig ist, selbstbestimmte Strukturen aufzubauen (auch wenn sie – noch – nicht in der BRD nicht so weitreichend zu spüren ist). Zahlreiche Beispiele zeigen die Notwendigkeit sich gemeinschaftlich zu organisieren, wenn die ökonomische Grundlage des Lebens zu bröckeln beginnt. Wichtige Beispiele sind unter anderem Argentinien 2001/2002 und die Zunahme an Selbstorganisation im heutigen Griechenland. Aber nicht nur in Krisenzeiten ist dies sinnvoll. Auch hierzulande, im Zuge der Präkarisierungsdebatten, wurde es deutlich, wie stärkend ein kollektives Miteinander im Bereich der Lohnarbeit sein kann. Also doch kein Anachronismus, sondern eine in Vergessenheit geratene Idee als neue Chance?

Das Kaffeekollektiv Aroma Zapatista ist eines von wenigen Kollektivbetrieben in Hamburg. Warum machen Menschen so etwas, fragen sich einige. Unerschütterliche Weltverbesser*innen wäre eine Antwort. Die Überzeugung, den Versuch unternehmen zu wollen, auch im Bereich der Lohnarbeit in anderer Form zu arbeiten, um gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen zu bewirken. Die Gründung des Kollektivs als Arbeitsstruktur war eine bewusste Entscheidung, da alle Genoss*innen (drei Frauen und ein Mann) bereits jahrelang in Kollektiven unterwegs sind: in Politik-, Wohn- und Arbeitskollektiven.

Wie nach Innen sollte auch nach Außen eine Form gewählt werden, die dem entspricht, wie wir als Kaffeekollektiv Aroma Zapatista arbeiten. Auf formaler Ebene ist es eine Genossenschaft. Eine Rechtsform, die unserer Art zu Arbeiten am nächsten kommt: die Gleichberechtigung der Mitglieder, Selbstverantwortung, der Gleichheits- und Solidaritätsgedanke.

Die zentralen Punkte unserer Arbeit sind der solidarische Handel mit zapatistischem Kaffee und die direkte Unterstützung der zapatistischen, selbstverwalteten Strukturen in Chiapas / Mexiko. Zum anderen eine kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen, sowie die praktische Umsetzung von Alternativen.

Das Kaffeekollektiv Aroma Zapatista orientiert sich an den Prinzipien des solidarischen Handels. Dies beinhaltet unter anderem: Der Rohkaffee wird über Direktimporte von den zapatistischen Kooperativen gekauft. Der Preis liegt über dem Fair-Trade-Niveau. Es ist uns wichtig, dass die Kooperativen einen Preis bekommen, der stabil ist und mit dem sie planen können. Für die Ernte 2011/2012 haben wir,

trotz gesunkener Rohkaffeepreise auf dem Weltmarkt, den Preis für die Kaffeekooperativen beibehalten.

Solidarischer Handel bedeutet für uns mehr als den Kauf von Rohkaffee zu einem gerechteren Preis und die Unterstützung genossenschaftlicher Organisation der Kaffeebauer*innen. Er beinhaltet, die direkte und aktive Unterstützung politischer und sozialer Bewegungen, wie die der Zapatistas, welche bestehende Strukturen verändern und Alternativen aufbauen.

Der Kollektivbetrieb Aroma Zapatista ist ein Versuch, sich möglichst wenig an bestehenden Marktmechanismen zu beteiligen. Wir streben nicht nach möglichst hohen Gewinnen und arbeiten nicht mit dem Rabattsystem des Großhandels, das den Preis für die Endverbraucher*innen merklich verteuert. Die Kalkulation basiert darauf, die eigenen Kosten zu decken. Die erwirtschafteten Gewinne fließen in neue betriebliche Investitionen, gesetzliche Rücklagen und, ganz wichtig, in Gelder, mit denen die zapatistischen Gemeinden finanziell unterstützt werden.

Die Zapatist*innen begannen sich ab 1983 in der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN zu organisieren. In den folgenden Jahren schlossen sich immer mehr Gemeinden an und bildeten ihre zivile Unterstützungsbasis. Nach dem zapatistischen Aufstand 1994 wurden weitere, tragende Pfeiler der Bewegung aufgebaut: selbstverwaltete Strukturen in den Bereichen Rechtsprechung, Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Produktivprojekten (wie z. B. die Kaffeekooperativen). Der Zusammenhalt der Zapatist*innen bildet die Grundlage für den Erfolg ihrer Art des Lebens und Handelns. Kollektive Strukturen sind eine Ermächtigung und Stärkung der Einzelnen vor dem Hintergrund staatlicher Diskriminierung, Ausgrenzung und Entwürdigung, die sie über Jahrhunderte (er-)lebten. Der Zapatismus hat über seine selbst formulierten Ansprüche und seine gelebten Strukturen eine gewisse Nähe zum Anarchismus: Es geht um Selbstverwaltung, um die zentrale Frage der Organisation gesellschaftlichen und politischen Lebens, sowie um offene, veränderbare Theorien und Praktiken. Das politische und gesellschaftliche Leben der Zapatistas ist partizipativ und basis-demokratisch organisiert – ihr zentrales Motto ist „Fragend schreiten wir voran“ („preguntando caminamos“) – Nichts ist in Stein gemeißelt, alles ist in Veränderung. In diesem undogmatischen Konzept finden wir uns als Kaffeekollektiv Aroma Zapatista wieder.

Kontakt

Infos und Online-Shop: www.aroma-zapatista.de

Weitere Informationen zum Zapatismus:

www.chiapas.eu

www.carea-menschenrechte.de



Wagenplätze

Zwischen freiem Leben und Verdrängung

★ zottel (Dresden)

Zunächst ist das Leben in ehemaligen Bauwägen oder LKWs nichts weiter als eine andere Wohnform. Generationen von Kindern wuchsen mit der Sendung Löwenzahn auf, in der Peter Lustig in einem Bauwagen lebt und immer wieder mit seinem Spießbürger-Nachbarn Herrn Paschulke aneinander gerät. Nicht so spielerisch sieht die Realität für Wagenbewohner_innen außerhalb von Kindersendungen aus. Das liegt weniger an kalten Wintern mit Ofenheizung oder Problemen mit der Wasserversorgung als an staatlichen Repressionen. Wagenbewohner_innen scheinen alleine durch ihre Lebensweise ein normatives Modell in Frage zu stellen, dass auf Werten wie Konsum, Komfort, Kleinfamilie und beruflicher Karriere fußt. So sehen gesellschaftliche Verantwortungsträger_innen in dieser Wohnform eine Provokation per se, da sie einem Demokratiekonzept verhaftet sind, in dem eine umkämpfte Mehrheit das Recht besitzt, ihren Konsens allen Individuen überzustülpen. Zwar hat individuelle Freiheit in dieser Denkweise einen Stellenwert, jedoch gilt sie als ein Privileg, das sich der Einzelne erst erkaufen kann, wenn sie*er etwas „geleistet“ hat. Hier verquicken sich dann Vorstellungen der „Freiheitlich-Demokratischen-Grundordnung“ (FDGO) mit kapitalistischen Erwägungen oder besser: Marktwirtschaftliche und ordnungsrechtliche Zwänge werden zum Vorwand einer repressiven Grundhaltung. Nicht zwangsläufig reflektiert, aber doch in seinen Handlungsweisen haben die Wagenplatzler*innen „Nein“ zu Kernwerten der Gesellschaft gesagt. Das macht sie schwer regierbar; das macht sie verdächtig.

Damit sind Wagenplätze viel mehr als eine alternative Wohnform, nämlich auch ein Austragungsort politischer und sozialer Konflikte. Häufig bestehen Verbindungen von Wagenplätzen in libertäre/emanzipatorische politische Szenen, die sich im subversiven Element des Wagenlebens wiederfinden. Zudem weist diese Wohnform für Aktivist*innen viele Vorteile auf. So muss man deutlich kürzer für die monatliche Miete arbeiten, wodurch mehr Zeit für eine freie, ganzheitliche Lebensgestaltung verbleibt. Wie in Hausprojekten lebt man in Gemeinschaft und hilft sich gegenseitig außerhalb marktwirtschaftlicher Bewertung von Arbeit. Allerdings ist die Mobilität größer und die äußeren Zwänge fallen geringer als bei Häusern aus. Im Ergebnis sind Wagenplätze häufig sehr heterogen und symbolisieren keine ideologische Bewegung. Auf Wagenplätzen treffen Junge und Alte, Arbeiter*innen, Erwerbslose und Intellektuelle, Oppositionelle und Leute, die einfach nicht in Wohnungen leben möchten, aufeinander.

Die äußeren Anfeindungen prägen häufig die Kultur der hiesigen

Wagenplätze. Sie machen sie zu über sich hinaus wirkenden Treffpunkten von Subkulturen, Subversiven und Künstlern. Sie schweißen die Bewohner*innen zusammen, regen Diskussionsprozesse an. Sie zwingen mitunter die Plätze sich zu öffnen und das Privatleben der Bewohner*innen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Denn Medien verbreiten im allgemeinen Zerrbilder, die aus antiziganistischen Klischees abgeleitet werden und im Endeffekt auf eines hinauslaufen: Arbeitsscheues Gesindel, verlauste Tiere, vernachlässigte Kinder und Drogenmissbrauch. Diese Spannungen und Diskreditierungen, die ein Wagenleben auslöst, sind aufgrund kultureller Aspekte hierzu-



lande besonders stark ausgeprägt. Der Deutsche im Allgemeinen ist Festungsbaumeister. Die Häuser sollen für die Ewigkeit stehen, am liebsten aus Stein gebaut sein und müssen natürlich, ob nötig oder nicht, einen Keller besitzen. Rundum wird ein hoher Zaun errichtet plus eine undurchsichtige Hecke als „Umfriedung“. In Ländern dagegen wie den USA, Australien oder Neuseeland baut man sich zu Lebzeiten schon mal ein neues Haus, weil das alte nicht mehr den Lebensumständen entspricht. Oder man verkauft es weiter, es wird dann einfach mit dem LKW woanders hinversetzt. Dort wird dann auch ein Trailerpark vielleicht als ein Zeichen von Armut wahrgenommen, aber sicherlich nicht als ein subversives Element oder ein Angriff auf die eigene Kultur.

Die politischen Auseinandersetzungen um den Bestand von Wagenplätzen haben in der Bundesrepublik eine lange Geschichte und werden oft mit einer erbitterten Härte geführt. Das liegt daran, dass es nicht wie in anderen Belangen um eine politische Ausrichtung der Gesellschaft geht, sondern direkt die Lebensgrundlage von Menschen in Frage gestellt wird. Betroffene riskieren ihren unmittelbaren Lebensraum sowie ihr kreatives und soziales Umfeld mit einem Schlag zu verlieren. Wenn die Polizei Wägen beschlagnahmt, stehen Menschen, z. T. Familien mit Kindern, auf der Straße. Dies ist zum



Beispiel in Freiburg mit den Schattenparkern und Straßenpunks geschehen oder in Hamburg im Fall Bambule und Wendebecken, wo Wagenbewohner*innen gezwungen worden sind, das gesamte Stadtgebiet zu verlassen. In einer Epoche von krisenbedingt hohen Immobilienpreisen und Gentrifizierungsprozessen in den großen Städten bedarf es keiner besonderen Hetzkampagnen gegen Wagenplätze, um sich dieser zu entledigen. Staatliche Stellen können sich mit einem Verweis auf das Marktgeschehen aus der Affäre ziehen. Mit wenig staatlicher Beteiligung reinigen sich die Stadtzentren alleine von allem, was keinen Mehrwert schafft. Soziale Zentren, unabhängige Kulturangebote und eben Wagenplätze werden vernichtet. Zurück bleiben vereinzelte, prekär lebende Menschen an der Peripherie der Städte, denen man die Möglichkeit genommen hat, eine lebenswerte Existenz in Selbstverwaltung aufzubauen. Für diese Entwicklung finden sich viele Beispiele und auch einige Fälle von Widerstand. Es soll exemplarisch ein Blick auf die Städte Leipzig und Dresden geworfen werden.

Leipzig: Situation

Leipzig hat eine große alternative Szene, die auf einer langen Tradition fußt. Bereits in den Zeiten faschistischer Herrschaft galt die Jugendkultur Leipzigs als subversiv und widerständig. Daran änderte sich auch in der DDR nichts, im Gegenteil wurde die Entwicklung durch die Rolle der Stadt als Messestandort mit viel internationalem Austausch noch verstärkt. Nach der Wiedervereinigung entstand schnell eine selbstbewusste politische und kulturelle Szene mit zahlreichen Freiraumprojekten in der zum Teil stark verfallenen Stadt. Es gründeten sich soziokulturelle Zentren, Wagenplätze, Kollektivbetriebe und Hausprojekte zum Teil auf legalen Wege, zum Teil durch Besetzungen. Anfänglich war der Stadtteil Connewitz

ein Ballungszentrum solcher Projekte. Jedoch setzten sie wie üblich einen Gentrifizierungsprozess in Gang, weshalb man sich bald aus dem Viertel wegorientieren musste. Noch ist dieser Prozess nicht abgeschlossen, jedoch wird dort in naher Zukunft ein teures so genanntes „Szene-“ und Kneipenquartier zurückbleiben. Alternatives Leben entwickelt sich seitdem vor allem in Plagwitz, einem Stadtteil im Leipziger Westen. Das Viertel ist stark von ehemaliger Industrie geprägt und Standort des riesigen Projektes Gießereistraße 16, das ihr Areal, ebenfalls ein verlassener Industriekomplex, inzwischen gekauft hat. In Plagwitz existieren auch zwei der fünf größeren Wagenplätze in Leipzig, einer in der Diezmannstraße und einer in der Klingenstraße namens Karl-Helga. Die anderen Wagenplätze Leip-

zigs sind der Lindenhof im Süden von Connewitz, der sich im Eigentum der Bewohner*innen befindet, der „Tote Arm“ im Lauerschen Weg und der derzeit noch besetzte Platz an der Fockestraße. Insgesamt leben laut Aussage eines Wagenbewohners ca. 150 Menschen auf Leipziger Wagenplätzen.

Karl-Helga besteht seit drei Jahren und besitzt einen Mietvertrag mit einem Privateigentümer. Das Schicksal ist ungewiss, da die auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindliche Siemensniederlassung Kaufinteresse am Gelände des Wagenplatzes bekundet hat. Die Bewohnerschaft des Platzes ist sehr heterogen. Man versteht sich als weitgehend offene Gemeinschaft. Neue Menschen können zuziehen und nach einer Probezeit dauerhaft auf Karl-Helga leben. Gemeinschaftlich haben sich die Bewohner*innen einen Veranstaltungsraum mit Bühne und Bar und einen Saunawagen ausgebaut.

Leipzig: Aktuelle Aktionen

Nach wie vor fehlt den Wagenplätzen trotz der Duldung eine offizielle Akzeptanz ihrer Lebensform. Zusammen mit der Unsicherheit von üblichen Mietverträgen führt dies zu einer permanent unsicheren Lebenssituation. Aus dieser Not heraus gründete sich die Initiative „Jetze Wagenplätze“, die versuchte in einen Kontakt mit der Stadt zu treten und sichere Flächen zu erwirken. Entsprechende Anfragen wurden seitens der Ämter zunächst schlicht nicht beantwortet. Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, besetzte die Initiative

daraufhin mit einigen Wägen an einen Radweg angrenzende Flächen nahe der Gießereistraße und das mit Erfolg, wie sich später herausstellen sollte. Zu der Besetzung wurden interessierte Menschen und Presse eingeladen. Es gab Workshops, Infobarrikaden, jeden Abend Essen für alle und



Sauna. Entgegen der Erfahrung der Besetzer*innen reagierte die Stadt nicht mit Gewalt auf die Aktion, sondern ließ sich zunächst mit keinerlei Vertreter*innen blicken. Erst nach vier Tagen forderte das Ordnungsamt die Besetzer*innen auf die Fläche innerhalb von 48 Stunden zu räumen. Kurzfristig erklärten sich andere Wagenplätze mit der Aktion solidarisch und fuhren in einer großen, transparent-behangenen LKW-Kolonne unangemeldet durch die Stadt. Obwohl man sich weigerte die Fläche zu verlassen, kam es zu keiner gewaltsamen Räumung. Stattdessen erschien eine verhandlungsbereite Person des Liegenschaftsamtes und bot eine Fläche auf dem so genannten Jahrtausendfeld, einer Brache in der Nähe, zum Überwintern an. Zurzeit wird ein Mietvertrag mit der



Stadt ausgehandelt. Die Besetzer*innen sehen dies als Erfolg, aber gleichzeitig als nur einen kleinen Schritt hin zur Akzeptanz von innerstädtischen Wagenplätzen. Außerdem kann die derzeitige Verhandlungsbereitschaft der Stadt im Kontext der anstehenden Oberbürgermeisterwahl im Januar gesehen werden. Schließlich könnte es dem Erfolg des amtierenden OBs Burkhard Jung (SPD) schaden, sich jetzt auf einen Konflikt mit der alternativen Szene einzulassen. Zusammen mit Hausprojekten organisieren sich Leipziger Wagenplätze in der „Projekte-Vernetzung“. Auf regelmäßigen Treffen werden Workshops und Diskussionen zu Themen, die von allgemeinem Interesse sind, abgehalten. Beim Treffen am 24./25. November drehte es sich zum Beispiel um GEMA, die Gaststättenverordnung, Finanzierungen, gemeinsames Wirtschaften, Konfliktbearbeitung, Gentrifizierung, Lokalpolitik und die „Jetze Wagenplätze“-Initiative.

Dresden: Situation

Zu Zeiten der DDR galt Ostsachsen als das „Tal der Ahnungslosen“. Daran hat sich auch in den vergangenen zwanzig Jahren wenig geändert. Obwohl Dresden Landeshauptstadt ist, ergeht sich die Stadt in einer seltsamen Provinzialität, deren Wesen mit einigen Stichpunkten wiedergegeben werden kann: Barock, Frauenkirche, Semperoper und Sauberkeit. Andernorts politische Selbstverständlichkeiten wie eine antifaschistische Grundhaltung müssen in Dresden immer wieder erkämpft werden. Nicht umsonst etablierte sich hier der größte europäische Naziaufmarsch. In Zusammenhang mit den etablierten, politischen Strukturen machte das geflügelte Wort „sächsische Demokratie“ bundesweit die Runde.

Alternative Kultur hat sich fast ausschließlich im Viertel Äußere Neustadt etablieren können, einem schon in der DDR geächtetem Altbau- und ehemaligen Arbeiter-Viertel, das damals auf seinen kompletten Abriss vorbereitet wurde. Das Viertel schlug einen konträren Weg zur restlichen Stadt ein. Schon Anfang der neunziger Jahre wurde die „Bunte Republik Neustadt“ ausgerufen. Man wollte sich selbst verwalten und der Widerstand gegen brutale Sanierungskonzepte und ordnungspolitische Einflussnahmen war zunächst entschlossen. Später wurde das Viertel zur Partymeile und die BRN zu einem Bier- und Volksfest. Die alternative Szene verschiebt sich seither über die Leipziger Vorstadt nach Pieschen. Außerdem entstehen seit 2008 im südelbischen Stadtteil Löbtau Ansätze einer alternativen Szene.

Die Dresdner Wagenplätze waren nach außen kaum wahrnehmbar und haben in der Geschichte alternativer und politischer Strukturen der Stadt kaum eine Rolle gespielt. Selbst von einer abgetrennten Wagenplatzszene kann nicht gesprochen werden, weil kaum Verbindungen zwischen den Plätzen bestanden und die Bewohner*innen sehr heterogen waren. Tatsächlich ist über Wagenplätze in den 90er Jahren weder im Internet noch in der mündlichen Überlieferung aus dem Wagenplatzumfeld etwas zu erfahren. Aus den letzten Jahren ist die Existenz dreier Wagenplätze bekannt. Einer befindet sich etwas ferner des Zentrums in der Vorstadt Trachau, ein größerer lag direkt in der Äußeren Neustadt an der Bautzener Straße und ein dritter, sehr großer Platz befindet sich direkt an der Elbe auf einer Industriebrache. Der Platz an der Bautzener Straße verschwand still und leise im

Frühjahr 2011 und wich einem Geschäftshaus. Größter und auch sehr einzigartiger Wagenplatz ist jener zwischen Alexander-Puschkin Platz und Elbe gelegene. Das Gelände, ein ca. 15.000 m² großes, brach liegendes Industrieareal, konnte in den frühen 2000er Jahren günstig gemietet werden. In den nächsten Jahren kam es zu einem unorganisierten Zuzug sehr verschiedener Nutzer*innen. Dabei wurden Stück für Stück auch die zahlreichen, vermüllten und verfallenden Industriegebäude erschlossen und in Stand gesetzt. Damit drehte es sich auf dem Platz nicht mehr nur ums Wagenleben, sondern auch um soziokulturelle Projekte und Kreativwirtschaft. Ateliers, Werkstätten und Veranstaltungsräume entstanden. Bald zeichnete sich ab, dass die Fläche mehr Zusammenarbeit und Organisation brauchte, weshalb man sich zu regelmäßigen Platztreffen sowie einer gemeinsamen Kasse entschied und den Freiraum Elbtal e.V. ins Leben rief. Aus Furcht um den eigenen Lebensraum traten Bewohner*innen und Nutzer*innen zunächst nicht in die Öffentlichkeit, aber unter der Hand trat der Platz immer häufiger mit Veranstaltungen und selbstorganisierten, soziokulturellen Angeboten in Erscheinung. Insgesamt entstand hier in einem dynamischen Prozess ein riesiges, seinem Wesen nach einzigartiges und vielseitiges Projekt. Im Herbst 2012 erhielt der Freiraum Elbtal e.V. die Kündigung des Geländes zum Juni 2013, weil sich ein Investor für die gesamte Fläche gefunden hat. Der Wagenplatz ist Teil der sog. Hafencity, einem städtischen Sanierungsgebiet, das eine komplette Neubebauung in diesem Bereich entlang der Elbe mit Yachthafen und noblem Wohnungsbau vorsieht. Ein Erhalt des Projekts sowie Ausweichflächen sind zurzeit nicht in Sicht.

Dresden: Aktuelle Aktionen

In Dresden steht zur Zeit ein großer Teil der selbstverwalteten Soziokulturprojekte u.Ä. vor dem Aus. Die Immobilienpreise sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen und eine rege Spekulationsstätigkeit bedroht sämtliche gering-profitable Nutzung. Der Auch-Wagenplatz Freiraum Elbtal mit seinen Unterprojekten ist dabei das mit größte bedrohte Projekt. Inzwischen scheint für viele kritische Bewohner*innen Dresdens und Beteiligte in ehrenamtlichen Initiativen die Schmerzgrenze erreicht. Mit Erfolg hat sich eine Interessengemeinschaft für nicht profit-orientierte Freiraumprojekte gegründet, die offensiv gegen die Stadt als Verkörperung einer verfehlten, zu Investoren hin orientierten Stadtplanung vorgehen möchte. Ob dieser Organisationsversuch schnell genug eine sichtbare Wirkung entfalten kann, bevor das Ende der Dresdner Wagenplätze und anderer alternativer Lebenskonzepte besiegelt ist, bleibt abzuwarten. Die bis 2010 relativ aktive und sichtbare Hausbesetzerszene als möglicher Anknüpfungspunkt für progressive Freiraumpolitik scheint derweil zumindest verschwunden zu sein.

Probeheft gratis! 		Aktuelle Ausgabe – Direkte Aktion: Hauptsache es knallt? Zunehmende Militanz & Militarisierung: Gewaltförmigkeiten in der Krise Aus dem Inhalt: ► Militarisierung der Revolte: Der Trend zu „aufständischen“ Theorien verdeutlicht die Schwäche des Anarchismus ► USA & EU: Mit militärischen Interventionen gegen Streiks ► Bundeswehr: Bundesverfassungsgericht erlaubt die „Katastrophenabwehr“ im Innern ► Die Cosa Nostra gegen sizilianische Landarbeiter ► Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel u.v.m. www.direkteaktion.org
---	--	--



Mehr Druck

★ Martin Veith (aktiv im Institut für Syndikalismusforschung)

Mit der ersten Ausgabe im Jahr 2013 hat die Gaidao einen qualitativen Schritt nach vorne gemacht. Ausgehend von dem bisherigen Elektronik-Medium haben ihre Macher*innen sich dazu entschlossen, sie ab sofort auch als gedruckte Ausgabe erscheinen zu lassen. Das ist zu begrüßen. Schließlich können dadurch weitere Menschen erreicht werden, die möglicherweise niemals anarchistische Webseiten im Internet ansteuern würden.

Die nunmehr handfeste Gaidao hat den Vorzug, dass man sie Bekannten und Kolleg*innen in die Hand drücken kann. Und in der Regel schreckt sie „Uneingeweihte“ auch nicht ab, sondern macht ganz im Gegensatz dazu neugierig. In den nunmehr zwei Jahren ihres Bestehens ist sie zum informativsten und herausragendsten Blatt des Anarchismus im deutschen Sprachraum geworden. Man erkennt, dass die Zeitung sowohl am Puls der Zeit als auch der anarchistischen Bewegung ist. Die Artikel sind in der Regel kenntnisreich und informativ, und die Mischung aus Berichterstattung von Aktionen und tiefergehenden Beiträgen stimmt. Mit einem Wort: Die Gaidao ist Qualität. Was aber natürlich nicht bedeutet, dass es nicht noch besser gehen kann.

Die Allgegenwärtigkeit kapitalistischer Propaganda im öffentlichen Raum und auch im Haushalt, wenn man den Fernseher nicht schon längst entsorgt hat, verfolgt das Ziel, uns zu suggerieren, dass der Kapitalismus das Beste aller Systeme sei. Dabei sind die Medienmacher des Kapitalismus nicht ungeschickt. Sie erkennen sehr wohl, dass eine zunehmende Anzahl von Menschen mit dem Kapitalismus unzufrieden ist. Denn dieser hat weder den Anspruch noch das Interesse, allen Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Diametral entfernt davon geht es seinen Nutznießer*innen um Profite durch Ausbeutung von Arbeitskraft und den Verkauf ihrer Produkte. Doch kapitalistische Medien sind flexibel. Die gewachsene Kritik am Kapitalismus fand in den letzten Jahren Einzug in die bürgerlichen Medien, also die Medien, die Kapitalist*innen gehören, um deren Meinungen zu verbreiten. Eine Aufgabe dieser Medien ist es, aufkommenden Unmut zu kanalisieren. Hier und da Kritik an angeblichen „Auswüchsen“ des Kapitalismus zu äußern und die wachsende antikapitalistische Stimmung in reformistische Bahnen zu lenken, hier und da Zugeständnisse von Regierungen und Unternehmen einzufordern, aber einen Riegel davor zu schieben, das System als ganzes anzutasten. Also das weiterdenken, das radikale, an die Wurzel gehende Denken zu unterbinden. Dass wir den Kapitalismus überhaupt nicht brauchen, wird von diesen Medien nicht erwähnt. Und wir brauchen den Kapitalismus tatsächlich überhaupt gar nicht. Er dient weder der Befriedigung der Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen, noch garantiert er individuelle Freiheit und Selbstbestimmung. Sachzwänge und Abhängigkeiten werden durch ihn tagtäglich gefördert. Er bedeutet Klassengesellschaft, Mensch als Ware, Verstümmelung von Fähigkeiten und Vorenthaltung, bzw. Beschrän-

kung von Wissen und Gesundheit. Kapitalismus ist täglicher Missbrauch, in dem wir gezwungen sind, zu leben.

Umso wichtiger ist eine von diesen kapitalistischen Medien unabhängige Stimme. Eine Stimme, die sich nicht mit der Forderung nach (natürlich willkommenen) Verbesserungen des alltäglichen Lebens innerhalb des kapitalistischen Systems zufrieden gibt, sondern die einen revolutionären und anarchistischen Standpunkt einnimmt, welcher eine neue Gesellschaft einfordert und dafür wirbt. Die Gaidao ist eine solche Stimme. Klein noch, aber mit guten Chancen, größer und einflussreicher zu werden.

Die anarchistischen und (anarcho-)syndikalistischen Gruppen, Organisationen und Initiativen sind in den letzten Jahren, einhergehend mit einem gewachsenen generellen Interesse an Anarchismus und Syndikalismus, vor allem unter der Jugend, stärker geworden. Auch die Anzahl anarchistischer und syndikalistischer Veröffentlichungen hat zugenommen. Erst vor wenigen Wochen hat sich um die anarcho-syndikalistische Streitschrift „Barrikade“ ein neuer Verlag gegründet, der sich als explizit anarcho-syndikalistisch versteht. Etwas, das es seit dem Ende der Weimarer Republik nicht mehr in Deutschland gegeben hat. Gleichzeitig macht dies auch deutlich, dass die libertäre Bewegung kein monolithischer Block ist. Dass es verschiedenste Überzeugungen und Strategien gibt.

Alle freiheitlich-emanzipatorischen Strömungen, denen es ernst mit der Überwindung des Kapitalismus ist, und die eine Mehrheit der Menschen erreichen möchten, stehen oftmals vor ähnlichen Problemen. Speziell dann, wenn sie durch Schriften ihre Ideen weiterverbreiten. Die Zunahme von Leseschwäche und Desinteresse am geschriebenen Wort ist eines davon. Lösungen zu finden, wie dagegen und gegen die ebenfalls gewachsene Frustration „doch nichts gegen die da oben ausrichten“ zu können, angegangen werden kann, ist beständige Herausforderung und benötigt kulturelle Arbeit und praktischen Erfolg. Das Weitergeben konkreter positiver Erfahrungen und des Schatzes an Wissen aus den Kämpfen, Errungenschaften, sowie der Schlussfolgerungen aus Niederlagen der Arbeiterbewegung sind hilf- und lehrreich.

Es ist wunderbar, dass sowohl der Anarchismus als auch der Syndikalismus in Deutschland stärker werden, und die Gaidao nun als Druckausgabe erscheint. Es ist wünschenswert, dass sie alle eine positive Rolle dabei einnehmen, dass Klassenbewusstsein unter Lohnabhängigen und Erwerbslosen entwickeln zu helfen, denn die Kapitalist*innen brauchen uns, wir aber brauchen weder Kapitalist*innen noch Kapitalismus und Staat. Zudem gilt, dass nicht die Abgeschlossenheit in Szenen, sondern das offene und beständige Wirken in Betrieben und in der Öffentlichkeit Voraussetzungen dafür sind, dass eine relevante revolutionäre Bewegung mit freiheitlicher Zielsetzung entstehen kann. Der Anarchismus kann dabei eine Richtschnur sein, und Impulse geben, sich aus Klassengesellschaft und Kapitalismus zu befreien. Es wäre schön, wenn die Gaidao daran einen weiter wachsenden Anteil haben kann.



[改道] Gai Dào goes Buch

Artikelreihe erscheint im Februar in Buchform



Kurze Weltgeschichte des Faschismus Ursprünge und Erscheinungsformen faschistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme

Dieser libertär geprägte und lesbar geschriebene Band liefert eine Zusammenschau der Faschismusgeschichte und ihrer länderspezifischen Bewegungen und stellt ihre historischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen auf eine möglichst breite Grundlage. Alle Texte sind im ursprünglichen in der Gai Dào erschienen und für diese Ausgabe noch einmal überarbeitet worden.

Das Buch soll auf breiter Faktenbasis die Kernkriterien faschistischer Bewegungen sowie die ihrer Etablierung dienlichen Rahmenbedingungen herausarbeiten. Neben den entsprechenden Diktaturen Italiens, Deutschlands und Spaniens werden verwandte Gruppen und Regime 13 weiterer Staaten von vier Kontinenten beleuchtet. Die Beschäftigung mit Aufkommen und Entwicklung der behandelten Gruppen erfolgt vor dem Hintergrund landes-

spezifischer historischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge. So treten Besonderheiten einzelner Faschismus-Varianten ebenso zutage wie generelle Wesensmerkmale.

Dieser Band eignet sich für antifaschistische Gruppen zum historischen Selbststudium, Multiplikator*innen mit Bedarf an Grund-

lagenmaterial zur Faschismusgeschichte, libertäre Antifaschist*innen und Leser*innen mit allgemeinem Interesse an einer für Nichtexpert*innen leicht verständlichen faschismusgeschichtlichen „Weltreise“.

Der Autor:

Frank Pfeiffer, Germanist und Historiker. 2005 Veröffentlichung von „Mir leben die Toten...“. Gustav Landauers Programm des libertären Sozialismus. Mitglied der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA). In der Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert, strebt das FdA den Aufbau einer anarchistischen Föderation im deutschsprachigen Raum an.

Reihe Antifaschistische Politik RAP, Band 7
farbig, TB, 110×180 mm
160 Seiten, ca. 12 EUR [D]
ISBN 978-3-942885-41-6 | WG 973
Neuerscheinung Februar 2013



Bestellen

Das Buch ist u.a. erhältlich beim Unrast Verlag, dem Blattlaus Verlag und natürlich über das Forum deutschsprachiger Anarchist*innen bzw. die Gaidao-Redaktion und kann schon jetzt dort vorbestellt werden.

www.edition-assemblage.de

www.blattlausverlag.de

www.fda-ifa.org



Der Syndikater ★ Erster Akt







Staat, Patriarchat und Geschlecht

Zusammenhang am Beispiel des §218 StGB

★ von El Barto

Der vorliegende Text soll Anregung geben für Menschen die sich als „antiautoritär“ verstehen, und den Staat ablehnen. Immer noch ist es der Fall, dass selbst in herrschaftskritischen Zusammenhängen, gesellschaftlich strukturell benachteiligte Frauen weniger vertreten sind als Männer. Ein anarchistische Kritik am Bestehenden bleibt deshalb oft an der Kritik am Staat stehen, ohne auf dessen Zusammenhang mit anderen Herrschaftsmechanismen einzugehen. Der Text geht auf verschiedene Zusammenhänge ein, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rassismus beispielsweise geht nicht in die Analyse mit ein.

*Vorbemerkung des*der Autor*in: Wenn in dem Essay von „Mann“ und „Frau“ die Rede ist, dann um eine bessere Auseinandersetzung mit dem geltenden Recht zu liefern. Die willkürliche Konstruktion von Geschlecht wird im Essay thematisiert.*

Abtreibung ist ein universell präsent Thema mit variierenden, von Kultur zu Gesellschaft differenzierten, moralischen Urteilen. Diese differenzierten Wertvorstellungen drücken sich in den jeweiligen Gesellschaften unterschiedlich aus. Sei es in Form von Abtreibungsverboten oder starker Repression gegenüber den von der Schwangerschaft betroffenen Frauen, in Form von Zwangsberatungen und damit einhergehend die Bekanntmachung einer vorhergegangenen Vergewaltigung, damit die Abtreibung rechtlich legitimiert wird. Dass sich etwa ein Fünftel der schwangeren Frauen weltweit für einen Schwangerschaftsabbruch entscheidet, zeigt wie durchgehend aktuell die Thematik um die Abtreibung ist. Seit jeher wird die Problematik um eine Abtreibung diskutiert. Moralische Fragen werden aufgeworfen, anhand derer der Maßstab für zu verabschiedende Gesetze gelegt wird. Eine so genannte moralische Frage wäre beispielsweise die Frage nach dem Lebensschutz des Embryos. Ist es richtig oder falsch ein Leben aufgrund des Willens einer anderen Person zu töten? Hat ein Staat oder haben andere Dritte die Pflicht, das Leben des Embryos zu schützen? Über solche Fragen möchte ich in meinem Essay reflektieren. Allerdings nicht in Form einer Frage, die in ein dualistisches Gut-Böse-/Richtig-Falsch-Schema gepresst wird, sondern über das transzendente Fundament, das ihr vorausgeht. Demnach müssen die Fragen lauten: Wer wird mit einem Schwangerschaftsabbruch konfrontiert und an wem liegt die Entscheidung über diesen? Ist eine objektive allgemeine Vereinbarung über eine Schwangerschaftsabbruch überhaupt universal möglich? Das sind die Fragen die sich besonders eine Gesellschaft mit bindenden Gesetzen zu stellen hat, welche sich nämlich das Recht annimmt, mittels (mehrheitlich von Männern entworfenen) Gesetzen über alle

Frauen und deren Körper zu bestimmen. In der BRD geschieht dies durch den §218 StGB, welcher bereits mehrmals aufgrund von erstarkten feministischen Bewegungen reformiert wurde. Bevor ein kurzer historischer Überblick dargestellt wird, soll verdeutlicht werden, was genau unter Abtreibung verstanden wird. Anschließend folgt die Untersuchung des §218 StGB samt seiner Problematiken.

Umgangssprachlich ist „Abtreibung“ das Wort für einen „Schwangerschaftsabbruch“. Dabei wird differenziert zwischen einem „künstlichen“ Schwangerschaftsabbruch und einem „natürlichen“. Maßgeblich relevant für das Strafrecht ist zudem der Vorsatz, die Schwangerschaft „künstlich“ zu beenden. Die Abtreibung an sich kann als moralisches Problem weltweit nachgewiesen werden, zudem lässt sie sich deren Geschichte als die „Geschichte der Kriminalisierung von Abtreibenden“ und der sozialen Abwertung von Hebammen verstehen (Gender Studies, S.1). Eine erste Reformbewegung gegen den „Abtreibungsparagrafen“ gab es in der BRD in den 70er Jahren, welche die Definition des weiblichen Körpers als einen mütterlichen Körper negierte, da diese sowohl die Pflicht zur Mutterschaft, als auch ein grundsätzliches Verbot des Schwangerschaftsabbruches impliziert. Letztlich erreichte die Frauenbewegung eine Neuregelung des §218 im Jahr 1975. Von da an blieb der Schwangerschaftsabbruch durch einen Arzt straflos, wenn die Frau zustimmt und sie sowohl in sozialer als auch ärztlicher Hinsicht beraten wurde und ein weiterer Arzt festgestellt hat, dass eine medizinische, ethische/kriminologische, eugenische oder Notlagenindikation vorliegt. Eine weitere Reform im Jahre 1993 setzte eine 12-Wochen-Frist, in der ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden kann und legte dafür die kriminologischen, embryopathischen und medizinischen Indikatoren fest. Eine ärztliche Beratung ist Pflicht. Die Kosten trägt die Schwangere.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein Schwangerschaftsabbruch dann straflos ist, wenn die Abtreibung durch einen Arzt vorgenommen wird und dem eine Pflichtberatung vorausgegangen ist. Zudem muss die gesetzliche Frist seit der Empfängnis eingehalten werden (§ 218a StGB).

Das Recht versucht sich mittels moralischer Fragen zu legitimieren und sich in „private Angelegenheiten“ einzumischen. Juliane Rebentisch formulierte das folgendermaßen: „Der Paragraph 218 ist ein strafrechtliches Instrument staatlicher Bevölkerungspolitik, das die ‚Privatangelegenheit‘ einer Schwangerschaft staatlich regelt.“ (Gender Killer. S.28). Das Paradoxe daran ist zudem, dass die Schwangere bestraft wird, anstatt ihr mit einer ungewollten Schwangerschaft zu helfen. Daraus lässt sich schließen, dass es nicht im Interesse des Staates und des Rechts, das das Handeln der Menschen richten soll, liegt, den Menschen zu helfen und für sie zu sprechen, sondern sie zu bestrafen. Der Staat übernimmt die Aufgabe des Strafens über seine



Bevölkerung, wenn sie nicht das vorgegebene „Richtige“ entscheidet. Konkret heißt das, dass das vom Recht konstruierte Geschlecht (Mann und Frau) auf die Fortpflanzung ausgerichtet ist. Dies manifestiert sich durch die Ehe und der damit einhergehenden bürgerliche Kleinfamilie. Eine heteronormative Konstruktion der Geschlechter, wie sie Tag für Tag aufs neue durch jede einzelne Geburt in der BRD stattfindet, z. B. durch den Eintrag in die Geburtsurkunde als „männlich“ oder „weiblich“, bedingen sich mit der konstruierten Kleinfamilie gegenseitig. Ist das Geschlecht nicht eindeutig, wird eine Operation vorgenommen, meist hin zum „weiblichen Geschlecht“. Schon das Grundgesetz zeigt das dualistische Geschlechterdenken des Staates. So heißt es im Artikel 3, Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männer und wirkt auch die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ So reicht der Tellerrand des Rechtssystems von der Kategorie „Frau“ bis zur Kategorie „Mann“. Weiter nicht.

Doch diese Konstruktion des Geschlechts ist vom Staat gewollt und hat System. Sie geht einher mit nationalstaatlichen Standortdenken und soll zu einem Wachsen der Nation führen. Die Logik ist folgende: Je weniger Abtreibungen, desto stärker wächst die Bevölkerung. Das erklärt unter anderem weshalb es für einen Nationalstaat etwas „Schlechtes“ ist, wenn ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen wird und deshalb bestraft werden soll. Mittlerweile jedoch ist es möglich eine Schwangerschaft abzubrechen, ohne dafür bestraft zu werden. Trotzdem bedeutet dies einen immensen Eingriff in die Lebensplanung der Schwangeren, sowie akute Einschränkung in ihrer Entscheidungsfreiheit über den eigenen Körper. Der Wille der Frauen wird gebrochen. Das soll heißen, dass der Schwangeren vorgeschrieben wird, wann sie wie und durch wen abtreiben kann. Vorausgesetzt sie kann es sich finanziell leisten. Schon der erste Schritt hin zu einem Arzt (für die vorgeschriebene Beratung) erfordert eine große Überwindung. Von der Schwangeren wird abverlangt, sich zu rechtfertigen und mit einer ihr fremden Person über intime Angelegenheiten zu sprechen. Zudem kommt hinzu, dass bei Schwangerschaften durch Vergewaltigungen im Beratungsgespräch Traumata hervorgehoben werden können, was eine zusätzliche Belastung darstellt. Probleme stellen sich für die Schwangere bei einem geplanten Schwangerschaftsabbruch also genug. Letztendlich bedeuten sie sogar, einem enormen Druck ausgesetzt zu sein und eine große Hemmschwelle, die es zu überschreiten bedarf. Diese Umstände stellen ganz klar und deutlich einen Einschnitt in die Selbstbestimmung der Frau dar und können entwürdigend wirken. Anstatt also nach dem „Lebensrecht“ eines Embryos zu fragen, muss die Frage auf die Schwangere fokussiert werden. Es geht nicht um ein Lebensschutz eines „ungeborenen Lebens“, sondern um darum, wer, wann und wie über sein* ihr eigenes Leben bestimmt. Ist es hinnehmbar, dass ein Rechtssystem, das von der Hegemonie der Männer bestimmt ist, den Frauen Gesetze auferlegt und sie bestraft, wenn sie sich nicht daran halten? Diese Fragen stellen meine Antwort dar auf die Abtreibungsthematik.

Damit eine echte Emanzipation möglich ist, müssen grundlegende Fragen gestellt werden, wie sie im Rahmen eines parlamentarischen

Systems nicht möglich sind. Denn damit eine solche Emanzipation realisierbar ist, bedarf es einer außerparlamentarischen Frauenbewegung, mit dem perspektivischen Ziel, die durch das Recht manifestierte Geschlechterkonstruktion zu dekonstruieren. Denn es liegt bereits im Wesen des Rechts selbst, menschliches Handeln mittels eines „objektiven Rechts“ zu richten und zu werten (Handbuch der Ethik, S.486 & 493).

Staat, Nation & Patriarchat überwinden! Für den Anarchismus!

Weitere Informationen

Kritik und Anregungen an: el_barto@riseup.net

Literaturnachweis:

Rebentisch, Juliane: Zurück in die Zukunft. § 218, Nationalstaat und Bio-Politik, in: Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, (Hrsg.) Cornelia Eichhorn – Sabine Grimm, Berlin 1994.

MetzlerLexikon.GenderStudies,Geschlechterforschung.Ansätze-Personen-Grundbegriffe. Art.: „Abtreibung“ Stuttgart-Weimar 2002, S.1.

Handbuch Ethik. (Hrsg.) Marcus Düwell-Christoph Hübenthal-Micha H. Werner, 3. Auflage, Art.: „Recht und Moral“, Stuttgart-Weimar 2011, S. 486-492.

Handbuch Ethik. (Hrsg.) Marcus Düwell-Christoph Hübenthal-Micha H. Werner, 3. Auflage, Art.: „Recht“, Stuttgart-Weimar 2011, S. 493-497. Straßengesetzbuch und Nebengesetze. (Hrsg.) Thomas Fischer, 55. Auflage, München 20

Weitere Literatur:

www.anarchismus.at/anarcha-feminismus





Anarchismus und Judentum

Kapitel 3.2

★ aus dem Jiddischen von Marcel Heinrich

Die 1950 erschienene Schrift *Anarkho-sotsialistische ideyn un bavegunen bay yidn* von Dr. Herman Frank (1890 -1952), jahrelanger Redakteur bei der angesehenen anarchistischen Zeitschrift *Fraye arbeter shtime*, dokumentiert die Geschichte und die Ideologien der jüdisch-anarchistischen Arbeiterbewegung.

Sei es in London, sei es in New York, die jüdisch-anarchistische Bewegung hatte einen mächtigen Einfluss auf alle Zweige der Arbeiterbewegung. Doch es war eher eine Handvoll Freund*innen und weniger bewusste Anarchist*innen, die Gewerkschaften, wie die Gewerkschaft für Damenbekleidung, die „International Ladies Garment Workers' Union“, Kooperativen, Gruppen wie den Arbeiter ring, Bildungseinrichtungen, Zeitschriften und Buchverlage in den Gassen der jüdischen Welt gründeten und erbauten. In ihrer Presse wurden Arbeiteraktivitäten, proletarische Selbstbestimmung, mutige Initiativen, Solidarität und die Kooperation unter jüdischen Arbeiter*innen ermutigt und gestützt. Gleichzeitig erwies sich die jüdisch-anarchistische Presse in Amerika als mächtiger Faktor bei der Förderung literarischer und künstlerischer Talente innerhalb der Jiddisch sprechenden Welt, besonders dem Theater. Mit großem Respekt und gespanntem Interesse wurde Yanovkis wöchentliche Kolumne „Oyf der vokh“ in der *Fraye arbeter shtime* gelesen.

Die Pioniere dieser Bewegung in Amerika verbrachten die ersten Jahre bis 1900 unter schwersten Bedingungen, voller Verzweiflung und Elend. Doch sie fanden Trost und Ermutigung in dem enthusiastischen Glauben an eine neue und bessere Welt. Alle waren überzeugt davon, dass nur die schädlichen und schlechten Institutionen der Regierung die Menschen davon abhielten gut und nobel zu sein.

In New York existierte eine einzigartige Zeitschrift mit einem hohen literarischen Standard, in der in den Jahren 1899-1902 und 1897-1889 die geistigen Wortführer*innen des Anarchismus und Künstler*innen, die mit freiheitlichen und sozialistischen Ideen sym-

pathisierten, ihre Texte veröffentlichten. Es war die *Fraye* gezelshaft. Die Redakteur*innen waren M. Leontiev (Moiseyev) und Misha Katz. Zu den Mitarbeiter*innen zählten A. Telson, A. Ginsburg, A. Frumkin, A. Liesin, Alexander Harkavy, J. Bovshover, Dr. Kaspé und andere.

Wie die bemerkenswerten Memoiren einiger dieser Pioniere (Sh. Yanovski, Y. Kopeliev, A. Frumkin) zeigen, herrschte trotz der existenziellen Nöte keine persönliche Unzufriedenheit unter den Mitarbeiter*innen, sondern stets eine aufrichtige und warmherzige Verehrung der Ideale der Zeitung. So zitiert Frumkin in seinen Memoiren *In friling fun yidishen sotsialism* den berühmten verstorbenen amerikanisch-jüdischen Philosophen Professor Moris Kohen

mit den aufrichtigen und schönen Worten: „Ihr Enthusiasmus beleuchtet jene weiten Tage aus der glorreichen Vergangenheit mit dem Licht eines reinen Idealismus und der bereitwilligen Mühe für ihre beiden Ideale: die individuelle Freiheit und die soziale Gerechtigkeit.“

Der Hauptstrom an anarchistischer Ideologie unter Juden und Jüdinnen in England und Amerika galt dem anarchistischen Kommunismus im Geiste von Peter Kropotkin (1921-1842), Elis Reklu (1830-1905), Malatesta (1853-1932) und Max Netlau (1865-1944). Nur eine Minderheit der jüdischen Anarchist*innen in Amerika stand zu den Vorstellungen, die Johann Most über die direkte Aktion und die Propaganda der Tat entworfen hatte. Beides soll angeblich ein viel höheres und zweckmäßigeres taktisches Mittel sein als bloßer Terrorismus oder Gewaltverherrlichung, als die sie die gegnerische Propaganda denunzierte. Die

berühmtesten Aktivisten in Amerika zu jener Zeit (bis 1919), Emma Goldman (1869-1940) und Alexander Berkman (1873-1936) sprachen mit ihrer Propaganda nur einen kleinen Teil jüdischer Menschen an. Sie wandten sich grundsätzlich an Juden und Jüdinnen wie an Nicht-Juden. Die Wortführer der jüdischen Bewegung Sh. Yanovski und die drei Mediziner Dr. Michael Kohn, Dr. Hill Solatorov und Dr. Y. A. Merison waren ausdrückliche Gegner gewaltsamer Methoden.

Die anarchistische Bewegung schlug zu Beginn des 19. Jahrhunderts von England und Amerika aus Wurzeln unter den Juden und Jüdinnen.



Josef Bovshover: Anarchistischer Lyriker und Journalist



Di printsipen fun anarkhizm von Dr. Y. A. Merison

nen in Russland und Polen. Vor allem in größeren Städten wie Odesa, Bialostok, Warschau, Vilna und anderen. Überall dort, wo sich verarmte jüdische Arbeitermassen befanden, bildeten sich wie von alleine anarchistische Gruppen und Kreise. Mit ihrer Agitation appellierten sie vor allem an die unzufriedenen Elemente in den alten Parteien (BUND).

Der Anarchismus sprach insbesondere junge Leute an,

die sich nach einer aktiven, revolutionären, stürmischen Tätigkeit sehnten, die frei war von den Grenzen der bourgeois-liberalen Demokratie und des Parlamentarismus. In etlichen Städten, besonders in Bialostok, fiel die revolutionäre Agitation, speziell die Methode des direkten Kampfes, d. h. Terror, auf reifen und empfänglichen Boden. Bereits früher hatte man dort die Methode des ökonomisch-revolutionären Kampfes, d. h. des Streiks und der Blockade, praktiziert, besonders in der Textilindustrie, wo Arbeiterinnen immer wieder kleine Betriebe bestreikten. Die Stadt Bialostok spielte in der ersten Phase (1903 – 1905) des Anarchismus in Russland eine prominente Rolle. Auf illegalen Wegen wurde anarchistische Propaganda aus London und der Schweiz nach Bialostok oder Warschau gebracht, von wo aus sich der Anarchismus in etliche weitere kleine ärmliche und größeren Städte Russlands und Polens verbreitete. Dies wurde durch Massenversammlungen und Diskussionen mit anderen Parteien und Richtungen, der Literatur (Proklamationen, Broschüren, Bücher), durch Streiks und Demonstrationen sowie durch terroristische Akte gegen Diener*innen der zaristischen Autokratie erreicht. Diese Aktionen wurde vor allem in Zusammenarbeit mit den Maximalist*innen (sozialistische Revolutionäre) und unter der Beteiligung von Selbsthilfegruppen gegen Judenpogrome während den stürmischen revolutionären und nach-revolutionären Jahren durchgeführt (1903-1907).

Die jüdisch-anarchistische Bewegung in Russland war noch viel zerrissener und gespalten als die Bewegung in den anglo-sächsischen Ländern. In Russland gab es extremere und gemäßigttere jüdisch-anarchistische Fraktionen als im allgemeinen Teil der russisch-anarchistischen Bewegung. Zu den ersten zählten die Demokratn federalistn. Dann gab es die getreuen Anhänger*innen Peter Kropotkins, die Anarcho-Kommunist*innen und die Anarcho-Syndikalist*innen.

Zu den extremsten zählten die Tschernok Sania („Schwarze Banner Leute“) mit ihrer extremen Taktik des motivlosen Terrors, die Gruppe Komunarn und die Gruppe Beznoshalie (Autoritätslosigkeit). Die allgemeine russisch-anarchistische Presse wurde entweder im Geheimen in Russland, in Genf oder in Paris gedruckt. Sie enthielt Texte führender russischer Anarchist*innen wie Juda Grosman, (Roshtsin), Taratuta und andere.

Die Juden innerhalb der russisch-anarchistischen Bewegung definierten sich im Allgemeinen als Jiddisch sprechende russische Anarchist*innen, wie es in der Kopfzeile des jiddischen Journals Anarkhie, das in der Schweiz gedruckt wurde und im Jahr 1908 erschien, zu lesen ist. Unter der damaligen zaristischen Herrschaft, mit der Zensur und Repression der Redefreiheit, war es nicht leicht an eine gedruckte Ausgabe zu gelangen, in welcher die Ziele und die Taktik der wichtigsten Strömungen und Gruppen der jüdisch-anarchistischen Bewegung beschrieben werden. Es ist wirklich bedauernd, dass heute die Theorie und ihre Interpretationen nicht mehr nachvollziehbar sind, die für die oft prinzipienlosen und uncharakteristischen Akte der Expropriation und des Terrors gegen Menschen der Mittelklasse (Krämer*innen, Fabrikant*innen u. a.) in Städten mit einer großen jüdischen Bevölkerung, angewandt wurden.

Unterstützt die zapatistische Selbstverwaltung!

Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG

Solidarischer Handel mit zapatistischem Kaffee



Kaffee Kollektiv
Aroma Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

www.aroma-zapatista.de
kaffeekollektiv@aroma-zapatista.de



Termine

München

Proteste gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz (SiKo) 2013 in München

02.01.2013 | München

Mehr Infos: sicherheitskonferenz.de

London

90 Jahre IAA – Internationale Konferenz

05.-06.01.2013 | London

Mehr Infos: www.solfed.org.uk/?q=international/iwa-ait-90th-anniversary-conference-january-2013

Dortmund

Treffen zur Gründung einer Anarchistischen Gruppe Dortmund

06.01.2013: 15.00 Uhr | Langen August, Braunschweiger Str. 22, Dortmund

„Wer soll die neue Welt bauen wenn nicht du und ich? Anarchie organisieren!“

Mehr Infos: afrheinruhr.blogspot.de

Dessau

Oury -Jalloh-Gedenkdemo

07.01.2013: 13.00 Uhr | HBF Dessau

Die Demonstration in Dessau steht jedes Jahr symbolisch für den Kampf gegen rassistische Polizeibrutalität und gegen das hier in Deutschland sich manifestierende koloniale Unrecht. Letztes Jahr griff die Polizei die Teilnehmer*innen der Demo im Anschluss brutal an. Nur durch unsere Anwesenheit demonstrieren wir unsere Entschlossenheit den Rassismus zu bekämpfen.

Mehr Infos: initiativeouryjalloh.wordpress.com/ouryjalloh-derfilm.de

Köln

Trash-Party für die AG Köln

11.01.2013: 21.00 Uhr | AZ, Wiersbergstrasse 44 Köln-Kalk

Mehr Infos: agkoeln.blogspot.de

Ludwigsburg

Was ist eigentlich Anarchafeminismus?

18.01.2013: 19:30 Uhr | DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

Maria Mattéo stellte in ihrem Beitrag zum Kongress „Ungleichheit der Geschlechter“ 1987 in Lyon fest, dass der Anarchafeminismus bislang lediglich eine Hypothese sei, die erst noch ausgearbeitet werden müsse. Der Vortrag macht sich auf die Spurensuche nach anarchafeministischen Ansätzen in der Vergangenheit und der Gegenwart.

Mehr Infos: lblb.pytalhost.de

Berlin

„Pfade durch Utopia“ – Buchvorstellung mit Filmvorführung

25.01.2013: 19 Uhr | Bibliothek der Freien, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Mehr Infos: bibliothekderfreien.de

**GAÏ DÀO
ABONNIEREN**

3 Monate:	6,00€ 7,50€ mind. 8,00€
6 Monate:	12,00€ 15,00€ mind. 16,00€
12 Monate:	24,00€ 30,00€ mind. 32,00€

(Preise: Prekär | Normal | Self und zgl. Versand)

Konto:
Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Sparkasse

Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!

**abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)**

Oury Jalloh, killed by German Police!



am Montag
07.01.13
DESSAU 13:00 Uhr
ab Hauptbahnhof

Gedenk-
demonstration
zum
8. Todestag
von Oury Jalloh

07.01.2005

www.initiativeouryjalloh.wordpress.com



FdA hautnah

Regelmäßige Termine der Mitglieder im Forum deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)

Jeden 2. Donnerstag ab 19 Uhr in der Tempest Library,
Reichenberger Str. 63a, Kreuzberg
4. Dienstag des Monats ab 19 Uhr im Café Morgenrot,
Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Immer am 1. des Monats ein ernster und satirischer Rückblick des
Vormonats
Direkt anhörbar unter: aradio.blogspot.de

DRESDEN

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
(Libertäres Netzwerk)

Jeden 2. Mittwoch und 4. Freitag in der Kneipe „Trotzdem“
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt

LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café des Libertären
Bündnis Ludwigsburg (LB)²

Jeden 4. Mittwoch im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

KARLSRUHE

Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus),
76133 Karlsruhe

Offenes Treffen der FAU Karlsruhe

Jeden 1. Samstag ab 15 Uhr in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus),
76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder www.querfunk.de

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim
(AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus),
68159 Mannheim

Radio Libertad - libertäre Nachrichtensendung der AGM
auf Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 - 14:00 Uhr

SAARBRÜCKEN

Anarchistischer Stammtisch von antinationale.org

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20:00 Uhr im Gasthaus Bingert
im Nauwieser Viertel

Feierabend - die libertäre Solikneipe

Jeden 2. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr im JUZ, Pfarrgasse 49
in St. Ingbert

HEIDELBERG

Libertärer Stammtisch

Jeden 3. Monat im Café Botanik im Neuenheimerfeld 304,
69120 Heidelberg

KÖLN

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe Köln

Jeden 2. Mittwoch ab 20 Uhr in der Nantonka-Bar, Autonomes
Zentrum Kalk, Wiersbergstrasse 44, 51103 Köln

Stuttgart

Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart

jeden ersten Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr, DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg



FORUM DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

Forum deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

alert[a Pforzheim]
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
www.alertapforzheim.blogspot.de/

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
www.afb.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
www.ag-freiburg.org

Anarchistische Gruppe Köln
Kontakt: ag-koeln@riseup.net
www.agkoeln.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Gruppe Ortenau
Kontakt: ago@riseup.net
www.ago.blogspot.de

AG K.A.R.O. (Mainz)
Kontakt: agkaro@riseup.net
www.agkaro.blogspot.de

antinationale.org (Saarland)
Kontakt: antinationale@riseup.net
www.antinationale.org

Emanzipatorische Gruppe Konstanz
Kontakt: emanzipatorische-gruppe@systemausfall.org
www.emanzipatorischegruppe.blogspot.de

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Karlsruhe
Kontakt: kontakt@fau-karlsruhe.org
www.fau-karlsruhe.org

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Stuttgart
Kontakt: faus@fau.org
www.faustuttgart.blogspot.de

Karakök Autonome (Türkei/Schweiz)
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB²)
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lb2.pytalhost.de/

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogspot.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com/

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.info/

Nigra (Ortenau)
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org